Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leuchenfeldstr. 14 Fernruf 1047 Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Sonnabend, den 18. Februar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 42**

Die Beamten am Scheideweg

Die „Freiheit" veröffentlicht am 17. Februar ein Rundschreiben der gelben Organisation des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände an die bürgerliche Presse, das folgendermaßen lautet:

Berlin, den 15. Februar 1922.

Sehr geehrte Hauptschriftleitung!

Wir bitten dringend, vom Donnerstagmorgen an jegliche Betrachtung über den Beamtenstreik mehr gegen die drei Spitzengewerkschaften als gegen die eine reine, vorwiegend bürgerliche Beamtenorganisation darstellende Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter umzustellen.

Wie der anliegende, in der „Täglichen Rundschau" erschienene Aufsatz unseres Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Geisler zeigt, sind die Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter überwiegend bürgerlich gesinnt und das Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung, welche die Regierung und ihre drei Gewerkschaftsspitzenverbände verschuldet haben, geworden. Um die Beamten vor dem Abmarsch in das linkspolitische Lager zu bewahren und sie von ihrer derzeitigen radikalen Leitung befreien zu können, muß u. E. die nationale Presse die Beamten von jetzt an schonend behandeln. (Sonst bleibt die Faust der Linken an der Gurgel des Staates.)

Unser Bestreben wird es sein, die Reichseisenbahnbeamten für den Verzicht auf das Streikrecht und für das Festhalten an den Rechtsparteien zu gewinnen.

Wir bitten die verehrliche Hauptschriftleitung, uns in diesem Bestreben durch freundliche Beachtung vorstehender Winke gütigst zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nationalverband Deutscher Berufsverbände.

Diese hinterhältigen Bemühungen der gelben Schufte müssen den unteren und mittleren Beamten die Augen öffnen, sie müssen erkennen, daß die reaktionären Junker und Schwerindustriellen nur die vollständige Versklavung der Beamten im Auge haben. Alle Arbeiter, die mit Beamten zusammenarbeiten, müssen in diesem Sinne aufklärend wirken.

Es ist sehr schwer, die Beamten für die freigewerkschaftliche Bewegung zu gewinnen, so lange an deren Spitze die arbeitsgemeinschaftlichen Verräter stehen.

Die Arbeiter müssen aber so schnell wie möglich dafür sorgen, daß ihre Führer von der Stinnespresse nicht mehr gelobt werden.

In Arbeiter- wie Beamtengewerkschaften müssen die Arbeitsgemeinschaftler und Harmoniedusler, die in den Leitungen sitzen, beseitigt werden und durch entschlossene Klassenkämpfer ersetzt werden.

Die Beamten müssen erkennen, daß nur die Kommunisten ein klares politisches Ziel haben: die Herrschaft des Proletariats. Nur eine Arbeiterregierung kann verhindern, daß die Reparationslasten auf die Schultern der Arbeitenden abgewälzt werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen sich für die unausweichlichen Kämpfe im Interesse ihrer Mitglieder vorbereiten und durchfechten, ohne Rücksicht auf die politischen Konsequenzen. Die bisherigen hohen organisatorischen Schranken zwischen den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen fallen. Sie alle müssen sich eng zusammenschließen zu großen Industrie- und Verkehrsorganisationen, sie müssen gemeinsam den Stoß gegen das morsche kapitalistische Gebäude führen und vorbereitet sein, die Produktion auf sozialistischer Grundlage zu übernehmen.

•

Bürgerlich-sozialistische Einheitsfront gegen die Beamten

Severing feiert die Streikbrecher-Nothilfe

Der Preußische Landtag begann am Freitag, gezwungen durch kommunistische und unabhängige Anträge zugunsten der Eisenbahner und Gemeindearbeiter, eine Erörterung des letzten großen Streiks. Die vom General Groener kommandierte Einheitsfront der bürgerlichen Parteien, der Gewerkschaftsbureaukratie und der sozialdemokratischen Parteiführer, die den mutigen, entschlossenen Abwehrkampf der wichtigsten Verkehrsarbeitergruppe vor einem Erfolg erdrückte, marschierte auch im Landtag auf. Die Reden des Sozialdemagogen Krüger, des Zentrumsmannes Blank und des Deutschnationalen Baecker unterschieden sich nicht sehr voneinander. Ihr Grundton war: ein Streikrecht der Beamten gibt es nicht! Der einzige Unterschied bestand darin, daß der Deutschnationale die Formel für die Aufhebung des verfassungsmäßigen Rechtes der Beamten auf Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel offen aussprechen konnte, während der rote Jesuit seinen schwarzen Bundesbruder übertreffen mußte in Nabulistik und Demagogie, um nicht beamtenfeindlich zu scheinen.

Auf der Ministerbank saß Severing. Einmal gesellte sich zu dem Einsamen mit dem sorgenschweren Haupt sein Berliner junger Mann namens Richter. Die Linke begrüßte ihn mit dem kräftigen, deutlichen Zuruf: „Streikkassendieb!", worauf er schleunigst wieder abzog. Severing sprach als letzter Redner des Tages. Die ungesetzliche Verfügung Richters gab er zwar preis; aber desto offener nahm er Front gegen die streikenden Eisenbahner und Gemeindearbeiter. Er rühmte sich sogar seiner Fixigkeit bei der Aufbietung der Schupo gegen die Streikenden. Am 29. Januar, führte er aus, habe er bereits eine Aufforderung an die Regierungspräsidenten gerichtet, sie sollten die Technische Nothilfe einsetzen, wenn der Eisenbahnerstreik ausbrüche. Dazu natürlich sofort die grüne Polizei.

Wer für die Rechte der Beamten eintrat, waren nur die Unabhängigen und Kommunisten. Offen, ehrlich, ohne Einschränkung, ohne Vorbehalte, ohne Differenz zwischen Theorie und Praxis, wie die USPD. nicht wird bestreiten wollen, freilich nur die KPD. Diese Tatsache, die seit dem Streik längst allgemein auch in Beamtenkreisen anerkannt ist, ließ die ausführliche sachkundige Rede unseres Genossen Knoth (Frankfurt) erneut in die Erscheinung treten. Wir bringen daraus einen längeren Auszug.

Am Sonnabend geht die Eisenbahnerstreikdebatte weiter. Der Antrag unserer Fraktion, auch die Frage der politischen Amnestie endlich zur Entscheidung zu bringen, wurde von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit abgewiesen.

•

20 000 Eisenbahner sofort entlassen

TU. Berlin, 17. Februar.

In der halbamtlichen Mitteilung über die Erhöhung der Gütertarife heißt es über die Verringerung der Ausgaben: Im Haushalt für 1922 sind bereits über 50000 Köpfe weniger vorgesehen als zurzeit vorhanden sind. Von diesen sollen schon bis zum 1. April 20000 eingespart werden.

•

Die Versprechungen der Regierung sind in den Wind geschlagen. Alle Zusicherungen, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen, sind gebrochen. Die Regierung benutzt den willkommenen Vorwand, um die längst beschlossenen Massenentlassungen durchzuführen. 50 000 Eisenbahnarbeiter und Beamte sollen schon bis zum 1. April ihr schon so kümmerliches Brot verlieren.

Das ist die Erfüllungspolitik in der Praxis. In Cannes hat Rathenau der Entente versprochen, die Reparationen durch Abbau der Lebensmittelzuschüsse, d. h. durch Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und durch Reduzierung des Defizits der Staatsbetriebe, d. h. durch Massenentlassungen bei den Eisenbahnen, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die übrig gebliebenen Staatsarbeiter und -Beamten aufzubringen.

Das, was heute an den Eisenbahnern geschieht, wird morgen der gesamten Arbeiterschaft widerfahren. Will sie ihre Existenz sichern, so muß sie in geschlossener Front gegen die bürgerliche Regierung auftreten und ihre Politik durchsetzen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß den Eisenbahnern helfen, den Anschlag der Regierung zu vereiteln. Die Eisenbahner haben sich als erste erhoben im Kampfe um die gemeinsamen Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß die Arbeiterorganisationen in geschlossener Front den Eisenbahnern beistehen.

•

(WTB.) Berlin, 18. Februar. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten veröffentlicht folgende Mitteilung: Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Streikbewegung sich ergebenden Sachlage Stellung genommen, insbesondere zur Frage der Disziplinierungen. **Aus allen Ländern und Direktionsbezirken lagen Berichte vor über eine wachsende tiefgehende Erregung infolge der Massenmaßregelungen.** Alle Delegierten waren einmütig der Meinung, daß diese Maßnahmen im **Widerspruch stehen zu den Versprechungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat,** und die mit zu dem sofortigen Abbruch des Streikes beigetragen haben. Eine zur Klärung der Sachlage abgesandte Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigend auf die Mitglieder wirken zu können. Der erweiterte Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann für abgeschlossen, **wenn die Frage der Maßregelungen endgültig gelöst sein wird.** Im Gegensatz zu irreführenden Meldungen wird festgestellt, daß sämtliche Beschlüsse des erweiterten Vorstandes fast einstimmig gefaßt worden sind.

Die Arbeiterhilfe in Sowjet-Rußland

Von Franz Jung (Moskau)

WTB. Stockholm, 18. Februar. Die Hungersnot in Rußland bereitet der Sowjetregierung große Sorge. Trotz ihrer eigenen unermüdlichen Anstrengungen, trotz der großherzigen Hilfe der Amerikaner, muß sie in einer ganzen Anzahl von Gebieten hilflos vor dem Hunger die Waffen strecken. Wie von wohlunterrichteter Seite verlautet, müssen ganze Länderstrecken einfach dem Schicksal des Unterganges überlassen werden. Man rechnet in Moskau heute mit der ganz unglaublichen fürchterlichen Tatsache, daß die Hungersnot sechs bis sieben Millionen Menschen kosten wird.

•

Schon in den ersten Tagen wurde es den die Expedition der Internationalen Arbeiterhilfe begleitenden Genossen klar, daß die Arbeiterhilfe sich nicht darauf wird beschränken können, charitative Hilfe zu leisten. Mag die Not der hungernden Arbeiter und Bauern noch so groß sein, mag das Elend der Kinder auf das menschliche Gemüt noch so niederschmetternd wirken, der Proletarier und der Werktätige ergibt doch nicht einen Augenblick, daß nur Arbeit den Hunger wirksam bekämpfen kann. Der Proletarier fühlt sich bei dieser Katastrophe in Rußland zu sehr mit seinem eigenen Schicksal verbunden, das ihn derselben Katastrophe unerbittlich zutreibt, als daß er nicht vom ersten Augenblick nach Mittel und Wege sinnen sollte, dem Elend der Armut und der Apathie der russischen Klassengenossen abzuhelfen.

Wer das Hungergebiet mit eigenen Augen gesehen hat, der weiß, daß mit der bloßen Zufuhr von Produkten nichts getan ist, es ist sozusagen nur der erste Anfang und die Plattform, auf der sich die Hilfsaktion erst entwickeln muß. Die bürgerlichen Hilfsaktionen haben es sich in dieser Hinsicht sehr bequem gemacht. Die von der Regierung in Heimen zusammengezogenen Kinder lassen sich in den Zentren naturgemäß leichter verpflegen, und die Welt glaubt, der Verpflichtung zu allmenschlicher Mildtätigkeit damit Genüge getan zu haben.

Selbst wenn man aber den Gedanken an die Verantwortung dieser Katastrophe an den imperialistischen Krieg, an die Klassenherrschaft, die das arbeitende Volk künstlich in Unwissenheit gelassen hat, beiseite läßt, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, was geschieht mit einer Bevölkerung mit 20 Millionen Erwachsenen, die weder Arbeit noch Brot haben, die von einem monatelangen Hunger in einen Zustand versetzt worden sind, der sie unfähig macht, überhaupt zu arbeiten, selbst wenn die Regierung für Arbeitsmöglichkeiten gesorgt hätte. Alles Geschwätz über die Tätigkeit der bürgerlichen Hilfsorganisationen kann die Tatsache nicht wegleugnen, daß die Kapitalistenklasse keinen Weg sieht, unter der berüchtigten Phrase der Belebung privater Unternehmerinitiative diese Millionen zu retten. Alle Verhandlungen über Konzessionen eines ausländischen Kapitals stehen solange auf dem Papier, als das Kapital nicht gezwungen werden kann, für den Aufbau der russischen Wirtschaft Opfer zu bringen, und das liegt nicht im Sinne des Unternehmers, denn es steht im Widerspruch zum Wesen des Kapitalismus. Die Arbeiterschaft allein kann also nur diese notwendige produktive Hilfe bringen.

Das Internationale Komitee Arbeiterhilfe, als das von der russischen Regierung organisierte Verteilungskomitee der vom Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland und den ihm angeschlossenen Organisationen gesammelten Lebensmitteln und Materialien hat sich vom Tätigkeitsbeginn an die Durchführung einer wirklich produktiven Hilfsorganisation zum Ziel gesetzt. Es wäre lächerlich, jetzt schon über wirklich große Erfolge berichten zu können. Die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der Aufgabe entgegenstellen, sind ganz ungeheure. Sie setzen eine Zähigkeit, am Ziel festzuhalten, voraus, die ein Teil jener kommunistischen Kampfeskraft bildet, die den Offensivgeist der internationalen Arbeiterklasse zur Weltrevolution, unerschüttert von lokalen Niederlagen, aufrechterhält. Das Verteilungskomitee kämpft Schritt für Schritt zunächst noch um die Plattform, auf der diese Hilfsaktion möglich ist. Das Proletariat aller Länder wird schließlich entscheiden durch die Energie seiner Sammlungen, durch die Solidaritätsverknüpfung, durch direkte Hilfe, schon jetzt in den ersten Anfängen und später im großen Maßstabe in Form einer industriellen Kolonisierung mit Materialien, Maschinen und Arbeitskraft, daß der Wiederaufbau der russischen Wirtschaft einen Schritt vorwärts zur Befreiung der Arbeiterklassen vom Unternehmerjoch des Kapitalismus darstellt.

Die Arbeiterklasse wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wo die Arbeiterhilfe mit den Spenden der Proletarier hinkommt, versucht sie die Arbeitsfähigkeit der Bauern und Arbeiter zu beleben. **Nie war der Gedanke für kollektive Arbeit während der russischen Revolution so stark wie jetzt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0001

Die Bauern scharen sich um die Sowjetgüter, um sie instand zu setzen, weil sie von dort in erster Reihe ihre Hilfe erwarten. In solchen Zentren richtet die Arbeiterhilfe Kinderheime ein. Sie verpflegt dort die Arbeiter und Bauern und hält die Frauen zu gewerblichen Heimarbeiten an, die wiederum von der Arbeiterhilfe später im Auslande zugunsten der Hilfsaktion verwertet werden sollen. Die Arbeiterhilfe benötigt dazu Materialien und vor allem Maschinen, an erster Stelle Transportmittel. Selbst bei einer Vervielfachung der gespendeten Mittel werden nur, verteilt auf das ungeheure Gebiet, ganz geringfügig wenige solcher Produktionszellen, die die Arbeiterhilfe mit neuer Initiative und mit neuer Hoffnung auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau belebt hat, geschaffen werden können. Aber diese Produktionszellen werden sich entwickeln zu Produktionszentren, und sie werden einen wichtigen Faktor bilden zur wirtschaftlichen Wiedergeburt des ganzen Landes. Wir dürfen nicht schon, gerade weil die Schwierigkeiten so groß sind, am Anfang den Mut verlieren. Die Größe der Aufgabe erfordert es, sich von vornherein das Ziel klar zu machen, daß ein Teil der lebendigen Initiative im Proletariat zur Revolution und zur Befreiung vom Kapitalismus den produktiven Ausdruck findet, diese Produktionszentren mit aufbauen zu helfen.

Zu solchen Produktionszentren rechnen im Hungergebiet auch industrielle Gebiete, Betriebe, aus denen die Arbeiterschaft vom Hunger gepeitscht, gefloben ist und die an Inbetriebsetzung warten. Die bürgerlichen Konzessionäre haben auch auf dem Papier wenig Interesse dafür. Bei dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Rußland sind auch die Gewerkschaften nicht in der Lage, solche Betriebe wirtschaftlich zu führen, aber gestützt auf die Arbeiterhilfe in Verbindung mit der Internationalen Arbeiterklasse wird es möglich sein. Und es ist nicht nur möglich, sondern notwendig, in vielen Fällen so notwendig, daß die Weiterführung der Hilfsaktion bis zu einem gewissen Grade direkt davon abhängt. Ohne Zögern muß die Arbeiterhilfe an diese Aufgaben herangehen. So übernimmt die Arbeiterhilfe jetzt im Nowgorotschen Gouvernement eine Jutefabrik, um für die Zentralhungerhilfsbehörde dort die so dringend benötigten Säcke herzustellen. Die Amerikaner bringen jetzt zwar im Frühjahr 20 Millionen Buschel Getreide, die russische Regierung muß aber die Säcke stellen, und es sind keine Säcke vorhanden. Die Fabrik selbst ist auf ein Minimum von Produktion heruntergesunken, obwohl Rohstoffe vorhanden sind. Die modernsten englischen Maschinen, Feuerung und alles nötige. Es fehlte der Fabrik nur an Initiative, an einer zweckmäßigen betriebstechnischen Wirtschaftsführung. Die Arbeiterhilfe wird den Betrieb reorganisieren. Sie wird aus den über das ganze Reich verstreuten Facharbeitern, die zum Teil ihren Kenntnissen entsprechend an ganz falschen Stellen arbeiten, einen Trupp klassenbewußter und zielbewußter Arbeiter zusammenstellen, der die Produktion dieser Fabrik verzehnfachen wird. Im April wird die russische Zentralhilfsbehörde die angeforderten Säcke zur Verfügung haben. Dieses Beispiel wird nicht allein bleiben. Die Arbeiterhilfe hat auch zwei größere Stanzereibetriebe übernommen, um Trinkbecher und notwendige Gebrauchsgegenstände, die zu der im Frühjahr akut werdenden Seuchenbekämpfung angefordert werden, herzustellen. Man macht sich in Westeuropa keinen Begriff davon, daß im kommenden Jahre die Seuchengefahr noch entsetzlicher sein wird als die Hungergefahr und daß die Energie der Arbeiterklasse einer noch stärkeren Belastungsprobe ausgesetzt sein wird. In diesen Stanzereien werden schon jetzt, noch bevor sie völlig renoviert sind, täglich 80 000 leere Kondensbüchsen verarbeitet. Das ganze Hungergebiet wird mit Werkstätten zur Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen überzogen. Solche Produktionszellen werden aber auch zu produktionspropagandistischen Zwecken, zu Expeditionen, umgewandelt sein, die in die bretteichen Gouvernements vorstoßen, um dort Materialien und Kleider einzutauschen gegen Brot und vor allem im wahren Sinne des Wortes Arbeit einzutauschen gegen Hilfe für die Hungernden.

Noch steckt alles in den ersten Anfängen. Aber es zeigen sich doch schon Wirkungen. Die russischen Arbeiter beginnen aufzuhorchen. Nicht nur die Gewerkschaftsverbände, die Fabrikbelegschaften und die kommunistischen Genossen, die mitarbeiten wollen, melden sich. Es brodelt in den Instanzen und bureaukratischen Körperschaften, deren so oft verschiene Sabotage letzten Endes nur darin besteht, daß sie unfähig sind, ihre eigenen Kräfte zu verbrauchen. Das Vertrauen auf die internationalen Arbeiterklassen, das in der Entwicklungsgeschichte in der russischen Revolution von jeher eine so große Rolle gespielt hat, und das nur zu oft leicht zum Ueberschwank geneigt war, ist in den letzten Monaten vielfach erschüttert worden. Nicht zuletzt sind auch Emigranten, die in Sowjet-Rußland das Paradies zu finden glaubten, wo man essen kann, ohne zu arbeiten, und die nicht geschult genug waren, solidarisch mit den russischen Genossen um die Verwirklichung des Kommunismus zu kämpfen und zu leiden, daran schuld gewesen. Aber man kann sagen, auch nur ein Hoffnungsstrahl, noch so winzig wie das erste Wirken der Arbeiterhilfe, fegt alle Enttäuschung hinweg. Die russischen Arbeiter sehen bereits in der Arbeiterhilfe den Beginn einer neuen Phase im Klassenkampf. Deutsche Arbeiter! Enttäuscht sie nicht wieder! Helft mit, die russische Wirtschaft aufzubauen. Es ist die Produktionsstätte befreiter Arbeit, die jetzt noch nicht nur für Rußland, sondern für Euch und für die Arbeiter der Welt gerettet werden kann und muß.

Der Kappist Winnig straflos und pensionsberechtigt

(TU.) Berlin, 17. Februar.

In einer kleinen Anfrage der Abgg. Rabold, Liebknecht usw. wurde bemängelt, daß gegen den früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, Herrn Winnig, wegen seiner Haltung während des Kapp-Putsches kein Strafverfahren eingeleitet, das Disziplinarverfahren gegen ihn aber bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen sei, und Winnig zwei Drittel des Gehalts weiter beziehe. Diese kleine Anfrage wird vom Minister des Innern folgendermaßen beantwortet: Gegen den damaligen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Winnig, ist wegen Beteiligung an dem sogenannten Kapp-Putsch sowohl ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte eingeleitet worden. Nachdem jedoch der Oberreichsanwalt das Verfahren gegen Winnig auf Grund des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August eingestellt hatte, wurde auch das Disziplinarverfahren wieder eingestellt und Winnig mit einer Ordnungsstrafe belegt. Das geschah im September 1920. Hiernach kann nicht zugegeben werden, daß das Disziplinarverfahren in die Länge gezogen worden ist. Die Bezüge Winnigs, der inzwischen in den einstweiligen Ruhestand versetzt ist, regeln sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es besteht keine Möglichkeit, hiervon in dem vorliegenden Falle abzuweichen.

*

Der Kappist Winnig ist amnestiert. Obgleich nach dem Wortlaut des Amnestiegesetzes der Führer des Kapp-Putsches in Ostpreußen nicht strafbar ist. Er erhält noch von der deutschen Republik Belohnung. Seine Pensionsbezüge werden ausgezahlt. Es gibt keinen Skandal der deutschen Klassenjustiz, der nicht noch übertroffen werden könnte.

Der Verkehrsstreik vor dem Landtag

Severing feiert die Streikbrecher-Nothilfe

106. Sitzung Freitag, den 17. Februar 1922, 12 Uhr.

Der Landtag erledigt zunächst die Abstimmung zur Abänderung der Anordnung über die Beschäftigung weiblicher Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften. Angenommen wird die Entschließung, die Aufsicht weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten im Einvernehmen mit den Gastwirtsgehilfen-Organisationen zu übertragen, und der sozialdemokratische Antrag, wonach als Tarifvereinbarungen nur solche Abmachungen gelten sollen, bei denen auf Arbeitnehmerseite eine gewerkschaftliche Organisation beteiligt ist. Abgelehnt wurde dagegen der demokratische Antrag, wonach Zimmermädchen in Hotels usw. nicht unter die Anordnung des § 14a fallen sollen.

Es folgt die gemeinsame Beratung der Anträge zum Eisenbahner- und Berliner Verkehrsstreik. Ein unabhängiger Antrag ersucht das Staatsministerium, die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 1. Februar 1922 außer Kraft zu setzen und mit größter Beschleunigung gegen den Polizeipräsidenten ein Verfahren wegen grober Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse einzuleiten. — Ein kommunistischer Antrag ersucht das Staatsministerium, auf die Reichsregierung und städtischen Behörden Groß-Berlins einzuwirken, daß schon vollzogene Maßregelungen rückgängig gemacht werden und neue unterbleiben, und der Streikbrecherorganisation „Technische Nothilfe" jede Unterstützung zu entziehen.

Abg. Meier-Berlin (U. Soz.):

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner umfaßt zum größten Teil Mitglieder, die den Rechtsparteien nahestehen. Von sozialistischen und kommunistischen Tendenzen konnte keine Rede sein. Das Streikrecht ist ein integrierender Bestandteil des Koalitionsrechtes. Das haben früher die Rechtssozialisten genau so gesagt wie wir. Hier liegt ein ungeheuerliches Amtsvergehen vor. Wir fordern die strafrechtliche Verfolgung Richters wegen Amtsmißbrauchs. (Heiterkeit bei den Soz.) Wir warnen die Regierung, die „Technische Nothilfe" weiter zu unterstützen. Das müßte maßlos erbittern.

Genosse Knoth:

Der gemeine und niederträchtige Aufruf der Spitzenverbände und des ADGB. zum Streikabbruch ist das Höchste, was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bisher geleistet haben. So weit ist es also schon mit der Koalition zwischen Sozialdemokraten und Zentrum gekommen. Es gibt keinen Unterschied zwischen Koalitions- und Streikrecht. Das Statut der Reichsgewerkschaft spricht ausdrücklich von der Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, also auch des Streiks, und ist trotzdem vom Amtsgericht Schöneberg genehmigt worden. (Hört! Hört! links.) Die „Technische Nothilfe" ist nur ein Trupp von Saboteuren. Sie ist eingesetzt worden, trotzdem die Streikenden die Notstandsarbeiten ausführen wollten. Ihre Einsetzung in Berlin kostet z. B. den Steuerzahlern 10 Millionen Mark.

Die Beamten sind nun hungern. Man treibt sie in den Streik wegen Grochen und den Nothilfemännern hat man bis zu 400 Mk. an den Hals geworfen.

Millionen sind auf diese Weise verschleudert worden

und was in den Werkstätten, Maschinenämtern und Bahnhöfen von der Nothilfe demoliert worden ist, das wird sich erst in vollem Umfange herausstellen, wenn die Betriebs- und Beamtenräte demnächst darüber Zusammenstellungen vorlegen werden. Der Schaden, der dem Reichsfiskus durch den Zusammenstoß auf Bahnhof Berlselstraße entstanden ist, soll 157 Millionen betragen. (Hört, hört, bei den Komm.) Die technischen Nothelfer müssen auf den Berliner Bahnhöfen auch Diebstähle ausgeführt haben, denn diese sind vorgekommen, und andere Personen durften den Bahnhof infolge polizeilicher Absperrungen nicht betreten. So wie diese Nothelfer das Stehlen draußen im Krieg gelernt haben, lassen sie es fort. Zu alledem setzt man auch noch Prämien aus für das Streikbrechergesindel. Bei der Eisenbahndirektion Berlin sind 2000 Anträge auf Belohnung von Bürgern gestellt worden, jedes Mal 1000 Mk. In Kassel wurden den Leuten von der Technischen Nothilfe täglich 160 Mk. gezahlt, in Frankfurt 28 Mark für die Stunde. Als die Schutzpolizei sich weigerte, diese Streikbrecher mit Lebensmittel aus ihren Kasernenküchen zu versorgen, hat man den Oberwachtmeister mit seinen Leuten entlassen. (Hört, hört, bei den Komm. — Sehr gut rechts!) Der Polizeipräsident von Frankfurt der für diesen unerhörten Vorgang verantwortlich ist, heißt Ehrler und zählt zur Sozialdemokratischen Partei, ist also ein Parteifreund des Ministers Severing.

Es wird gesagt, die fristlos vorgenommenen Entlassungen seien gering. Fest steht aber, daß

in Berlin bisher 1200 fristlose Entlassungen vorgenommen

sind. In Köln ist der Bezirksbeamten- und Betriebsrat aufgefordert worden, seine Zustimmung zur Entlassung von 2231 Leuten zu geben. (Hört, hört! bei den Komm.) Der Verdacht der Eisenbahner und der übrigen Arbeiterschaft ist berechtigt.

Wenn heute die Sozialdemokraten demagogisch im „Vorwärts" und in ihren Provinzzeitungen wieder sagen, sie würden sich dafür einsetzen, daß die Disziplinierungen: Versetzungen und anderen Maßregelungen zurückgenommen werden, so ist das

derselbe freche Trick, den sie nach den Märzkämpfen in Mitteldeutschland anwandten.

Dort haben sie ihren Severing mit der grünen Polizei auf die Arbeiterschaft losgelassen. Ihr Eberts Geheimrat wurden Tausende von Proletariern vor den Klassenrichtern abgeurteilt. Nachher, als der SPD. bange wurde vor diesen „Erfolgen" ihrer Regierungsmänner, machten sie eine Amnestie und sammelten gar für die Opfer ihrer eigenen Schandpolitik. Hier ließen sie Grörner und den Verwaltungsapparat auf die Beamten und Arbeiter los, verurteilten und knüppelten den Streik der Eisenbahner nieder, gaben der Regierung die Kraft zu Maßregelungen und jetzt, da ihnen vor der Empörung der Arbeiter und Beamten graust, plädieren sie für „Milderungen" und suchen die Flucht ihrer enttäuschten Anhänger zu bannen

Diese demagogische Politik wird eines Tages ohne Erfolg bleiben! (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wenn jetzt aus Stuttgart, dem Westen, aus Halle und aus anderen Teilen des Reiches die Nachricht eintrifft, daß die Beamten gewillt sind, sich gegen die Maßregelungen der Reichsregierung zu wenden, dann ist das recht und erfreulich. So wird eine Position geschaffen, die die Arbeiterklasse braucht, um das Kapital auf die Knie zu zwingen und endgültig im Interesse des schaffenden Volkes die proletarische Diktatur aufzurichten. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Krüger (Soz.):

Jede Partei muß prüfen, ob nicht nur auf seiten der Regierung, sondern auch auf seiten der Beamten Fehler gemacht worden sind. Die Beamtenvertreter ließen sich leider bei ihren Verhandlungen mit der Regierung durch die Drohungen der Regierungsvertreter, daß dann gar nichts zustande käme, dazu verleiten, sich mit dieser Regelung einverstanden zu erklären. (Heiterkeit.) Der Eisenbahnerstreik ist nur zu erklären aus der gewerkschaftlichen Unerfahrenheit der Eisenbahner, der Beamten überhaupt. In einem Artikel in der „Freiheit" hat der frühere Volksbeauftragte Emil Barth ein Urteil über das Vorgehen der Reichsgewerkschaft gefällt, das in schroffem Gegensatz zu den Ausführungen des unabhängigen Abgeordneten Meier steht. Auch hier gibt es, ebenso, wie sich kürzlich im Reichstag gezeigt hat, zwei Richtungen in der Unabhängigen Partei. Unsere Stellungnahme gegen diesen Streik bedeutet durchaus nicht eine Stellungnahme gegen das Streikrecht der Beamten überhaupt. (!!)

Abg. Blank (Ztr.) lehnt das Beamtenstreikrecht ab.

Abg. Baecker (Dn.): Wir haben den Streik weder entfacht noch unterstützt. Gegen die eigentlichen Führer muß vorgegangen werden.

Minister des Innern Severing:

polemisiert gegen den Vorredner. Die preußische Regierung hat nicht erst auf Anregungen gewartet (!!), sondern in Erwartung des Streiks schon am 29. Januar mit dem Berliner Polizeipräsidenten die Maßnahmen gegen etwaige Ausschreitungen erörtert und am selben Tage ein Telegramm an die Regierungspräsidenten abgesandt, das die Einsetzung von Schupo und „Technische Nothilfe" verfügte. Auch in Berlin ist die „Technische Nothilfe" auf meine Veranlassung eingesetzt. (Abg. Katz (Komm.): Hört, hört!)

Die unabhängigen Stadträte waren mit dem Einsatz der „Nothilfe" einverstanden

Wenn Sie (zu den U.-Soz.) sich hier hinterher beklagen, so ist das Politik mit doppeltem Boden. Der Ersatz des Berliner Polizeipräsidenten, den ich durchaus decke, hat den Eindruck erzielt, daß wir nötigenfalls scharf vorgehen werden und dadurch Schlimmerem vorgebeugt. Zu den geforderten Maßnahmen gegen die „Technische Nothilfe" kann ich mich nicht bereitfinden lassen. (Bravo! rechts und in der Mitte.) Solange die Gewerkschaften ihre alte Disziplin nicht wiederhaben und mit einer Schädigung lebenswichtiger Betriebe gerechnet werden muß, ist die „Technische Nothilfe" nicht abzuschaffen.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Ein kommunistischer Antrag, die Amnestieanträge morgen auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr.

Neues aus dem ungarischen Mörderparadies

Die deutschen Beamten ausgewiesen

(TU.) Budapest, 17. Februar.

Aus absolut zuverlässiger Quelle kommt die Nachricht, daß im Verlauf der vergangenen Woche die deutschen Beamten, die im Einverständnis mit der ungarischen Regierung die Nachforschungen nach den Mördern Erzbergers angestellt hatten, aus Ungarn ausgewiesen worden sind.

*

Daß die Horthy-Regierung die gegenrevolutionären Mörder in Schutz nimmt, ist nicht wunder zu nehmen.

Die deutsche Regierung wird sich dazu äußern müssen, wieso die Mörder aus Deutschland entschlüpfen konnten und warum bisher noch keine Schritte bei der ungarischen Regierung unternommen worden sind, um ihre Bestrafung durchzusetzen.

Oder haben die deutschen Beamten in Budapest erst auf ihre Ausweisung gewartet?

Die Raubritter von Schloß Petzow

Mittelalterliche Zustände bei Berlin

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Schloß Petzow bei Potsdam sitzt eine Raubritterfamilie v. Kühne. In den letzten Wochen sind viele Arbeiter und Bauern von diesem Schloß aus überfallen und völlig grundlos angeschossen worden. Das letzte Opfer ist der 61jährige Arbeiter Karl Nietenl, der schwer verletzt wurde.

In Berlin und Umgebung herrscht bis in die Reihen der Bürgerlichen große Aufregung über diese mittelalterlichen Zustände. Der Potsdamer Oberstaatsanwalt unternimmt nichts, so daß die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen muß.

Abreise Krassins nach Moskau

OE. Berlin, 17. Februar.

Krassin verläßt heute Berlin, um sich nach Moskau zu begeben, wo er der Sowjetregierung über die Eindrücke seiner letzten Londoner und Berliner Verhandlungen Bericht erstatten wird.

Mit Krassin zusammen reisen auch Radek und der Chef der Sowjet-Handelsmission in Berlin, Stomoniakow, die ebenfalls an den Berliner Verhandlungen beteiligt gewesen sind, heute nach Moskau.

Verschmelzung von USP. und KAG.

Laut „Vorwärts" fand gestern eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der USP. und der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (Richtung Levi) statt, in der die Einigungsfrage der beiden Parteien beraten wurde. Der Parteirat der USP. will sich in nächster Woche mit der Frage des Anschlusses der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft an die USP. beschäftigen. Es ist fraglich, ob die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in ihrer Gesamtheit übernommen oder ob sich ihre Mitglieder einzeln bei den zuständigen Bezirksorganisationen der USP. zu melden haben. Diese würden dann von Fall zu Fall über die Aufnahme entscheiden.

*

Mit der Vereinigung der KAG. mit der USP. ist eine unerquickliche Episode in der Entwicklung der Kommunistischen Partei zum Abschluß gekommen. Die Dinge haben sich sehr schnell geklärt. Der Eisenbahnerstreik, die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit widerlegten alles Gerede von der Konsolidierung des Kapitalismus. Die Zeit erfordert revolutionäre Kämpfer. Die KAG.-Leute, kampfmüde und reformistisch, haben den richtigen Weg eingeschlagen: sie sammeln sich in dem großen Sumpfbecken aller Halben und Lauen: in der USP.

Kommunistenverhaftungen in München

TU. München, 17. Februar.

Hier wurde der kommunistische Agitator Joseph Schwarz verhaftet, der seit längerer Zeit wegen Beihilfe zum Hochverrat gesucht war. Er hat als kommunistischer Wanderredner das Rheinland und den größten Teil von Süddeutschland seit März 1921 bereist und war in der letzten Zeit von der Münchener kommunistischen Parteileitung zur Propaganda bei der Landbevölkerung verwandt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0002

Der zweite Streich gegen das Mieterproletariat!

50 Prozent Mietsteuer vor der Annahme

Reichstag, den 17. Februar. Nach Erledigung von zwei kleinen Anfragen, die ein öffentliches Interesse nicht bieten, machte sich der Reichstag an die Beratung des zweiten Gesetzes, das sich den kapitalistischen „Wiederaufbau" des Wohnungswesens in Deutschland zum Ziel setzt. Bringt schon das Reichsmietengesetz an sich eine hundertprozentige Erhöhung der Friedensmieten, so soll der vorliegende Gesetzentwurf über eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues die bestehende Mietsteuer von 10 Prozent auf 50 Prozent der Friedensmiete heraufsetzen.

Für den Ausschuß berichtete der bayrische Volksparteiler Jaud. Der Ministerialdirektor Dr. Ritter erklärte einleitend, daß man geschwankt habe, ob man nicht die Gesamtheit der zum Neuwohnungsbau erforderlichen Mittel von den Mietern erheben solle, oder ob ein Teil durch Verausgabung von Anleihen zu beschaffen sei. Das vorliegende Gesetz schlage eine Art Mittelweg ein. Die öffentlichen Sozialversicherungsinstitute hätten sich in anerkennenswerter Weise zur Bereitstellung der erforderlichen Anleihemittel bereit erklärt und sich dadurch den Dank des Reichskabinetts erworben.

Der Deutschnationale Bazille erklärte namens seiner Fraktion, daß diese das Gesetz ablehnen werde.

Silberschmidt (Sozialdemokrat) sagte, auch in Zukunft müsse an der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen festgehalten werden, da sonst eine soziale Katastrophe entstehen würde. Früher bauten wir aus den Ueberschüssen des Volkseinkommens, heute leben wir von der Substanz. Dieser Grund zwingt uns, den Wohnungsbau nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gestalten. Vermehrte Bergarbeiterwohnungen heben die Kohlenproduktion, vermehrte Landarbeiterwohnungen die Nahrungsherstellung. Die Regelung des Bauproblems ist eine Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Der Wohnungsbau wird noch viele Milliarden verschlingen. Die 6 Milliarden, die im Jahre 1922 auf 1923 für den Wohnungsneubau (200 000 Wohnungen) aufgewendet werden sollen, reichen bei weitem nicht aus. Das Gesetz kommt viel zu spät.

Wir müssen mit einer neuen Belastung bis zu 200 Prozent der Friedensmiete rechnen.

Schon dieser Umstand allein zwingt zum volkswirtschaftlichen Bauen. Die Steuermittel müssen rationell verwendet werden. Die Ueberteuerungszuschüsse bedeuten eine Verschwendung von Steuergroschen. Das Baugewerbe muß sich rationelle Arbeitermethoden zulegen. Die syndizierte Baustoffindustrie treibt planmäßig die Baustoffpreise hinauf. Diese betragen heute das 28fache des Friedenspreises, während die Löhne nur um das 18fache gestiegen sind. Die deutschen Bauarbeiter sind stolz und fühlen sich verpflichtet, am Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. (Am kapitalistischen!?) Wir stimmen dem Gesetz zu, fordern aber, daß die Regierung gegen die Preistreibereien im Baugewerbe Front macht. Das Reich muß sich eigene Baustoffproduktionsstätten zulegen und die Ausbeuterei der Syndikate bekämpfen.

Der Zentrumsmann Tremmel weist darauf hin, daß nicht die Zwangswirtschaft den Wohnungsbau hemmt. Auch in den valutastarken Ländern baue man nicht. Das Gesetz legt den Mietern eine neue starke Belastung auf. Deshalb muß die Regierung für eine richtige Verwendung dieser Mittel sorgen. Spekulanten und Wucherer dürfen sich nicht daran bereichern. Die Bauarbeiter werden sicherlich über eine längere Arbeitszeit mit sich reden lassen. (!!)

Der Unabhängige Kuhn bezeichnete das Wohnungsabgabegesetz als ein Stückwerk, das bekämpft werden müsse, weil es noch unsozialer sei als das Einkommensteuergesetz. Die Baugenossenschaften haben wichtige soziale Arbeit geleistet. Das ganze Wohnungswesen muß auf dem Grundsatz der Gemeindewirtschaft aufgebaut werden. Wohnungen werden fast gar nicht gebaut, dagegen hat man in Berlin 500 neue Schnapskneipen geschaffen.

Genosse Heydemann:

Es ist selbstverständlich, daß wir Kommunisten dieses Gesetz ablehnen. Die deutsche Mieterschaft wird über dieses Gesetz hinaus mit neuen Ausbeutungsgefahren bedroht. Gestern sagte man, die Mehrbelastung der Mieter würde 100 Prozent nicht übersteigen, heute gibt man schon zu, daß man mit mindestens 150 Prozent Mietsteuerung zu rechnen habe. Dem Reichswirtschaftsrat genügt aber diese Ausbeutung immer noch nicht, er will die Mietsteuer sogar auf 199 Proz. der Friedensmiete erhöhen. Es geht ihm hier wie Valentin in Goethes „Faust": „Du singst mit einem heimlich an, bald kommen ihrer mehre dran!" Mit 5 Prozent fing man heimlich an, die Regierung fordert 50 Prozent und der Reichswirtschaftsrat will sogar 100 Prozent haben.

So setzt man den Mietern eine markaufsaugende Steuerschraube in den Nacken.

Weit weniger schön als die schöne Rede des Sozialdemokraten Silberschmidt ist die Tatsache, daß seine Partei zu zeige ist, ihre wirkliche Macht für die Erkämpfung der Sozialisierung des Wohnungswesens einzusetzen. Das Gerede der Regierung über Rücksichtnahme auf kinderreiche Familien und die Not der Armen ist eitel Heuchelei. Der elende kapitalistische Staat, dessen Zertrümmerung wir gar nicht heiß genug ersehnen können, dieser Raubstaat, diese Organisation von Lug und Betrug, hat ja auch einst mit der Lüge hausiert, die Sozialisierung marschiere und sei schon da.

In Wirklichkeit liebt Stinnes nicht mehr vor den Toren, sondern belegt bereits die gesamte deutsche Wirtschaft mit Beschlag.

Gegenüber der infamen Streikhetze des Bürgertums und seiner Bergsklaverei des Streikbrechertums, muß daran erinnert werden, daß auch die Berliner Hausbesitzer den Streik beschlossen hatten, weil ihnen „nur" 70 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete zugestanden werden sollten. War das keine Revolte, kein Aufruhr? Wo war da Ihre Entrüstung?

Die Mietsteuer ist eine ungeheuerliche Massenbelastung, die ebenso naturnotwendig ungeheuerliche Krisen und Kämpfe heraufbeschwören muß.

Ueberall im Lande rüsten sich die Mietervereine zur Steuerverweigerung. Sie wollen sich nicht zugunsten des Kapitalismus noch mehr unter das Existenzminimum herabdrücken lassen. Die Mietsteigerungen werden eine neue Notenflut in Deutschland erzeugen und die Reallöhne der deutschen Arbeiter noch weiter herabdrücken.

Man soll aber nicht vergessen, daß das Hungern eine Kunst ist, die man vielleicht einige Monate üben, niemals aber Jahre hindurchhalten kann und wird. Ein fruchtbares Reagieren der verelendeten Massen ist die unausbleibliche Folge. Um so mehr als das Gesetz keinerlei Rücksicht auf kinderreiche Familien nimmt. Der intellektuelle Mittelstand muß unter dem Druck der Mietssteuer zusammenbrechen. Die Mietenbesteuerung in Wien zeigt einen weit sozialeren Zug als die des Deutschen Reichstags.

Wir werden einer Erhöhung des Achtstundentages den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Es darf auch nicht ein einziger Schweißtropfen eines Bauarbeiters mehr für Luxusbauten der Kriegs- und Revolutionsgewinnler vergeudet werden. Hier kann ungeheuer viel Arbeitskraft für die Herstellung von Arbeiterwohnungen gespart werden. Die Hauptursache der Bauverteuerung liegt in dem ungeheuerlichen Baustoffwucher. Zementfabriken heimsen durch Preiswucher und Schiebungen Riesenprofite ein. Dasselbe trifft für die Holzindustrie zu. Und auch die Bundesstaaten machen diesen Holzwucher munter mit. Die Ausfuhr von Bauholz hat eine riesenhafte Entwicklung genommen. Aus einem Ausfuhrgesamtwert von 27 Millionen Mark im Jahre 1913 ist im vorigen Jahre ein Betrag von weit über 1 Milliarde geworden!

Eine intensive, rationierte Boden- und Wohnungspolitik durch die Ueberführung aller Unproduktionen, des Grund und Bodens und der Häuser in Allgemeinheitsz, muß mit allen Mitteln erkämpft werden.

Aber ebenso notwendig ist eine nach den Gesetzen der Volkserhaltung und der sozialen Gerechtigkeit erfolgende Rationierung des vorhandenen Wohnraumes. Die Korruption im Wohnungswesen stinkt zum Himmel. Feudale Herren und reiche Schieber bewohnen im Berliner Westen Riesenwohnungen und leisten sich daneben auf dem Lande noch herrliche Schlösser. Das Monopol an Grund und Boden ist eine der Hauptursachen, durch die die Arbeiter zu dem Zwang der Lohnwirtschaft getrieben werden. Dieses Monopol zu brechen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Proletariats. Dies setzt aber den Kampf für die Eroberung der politischen Macht im Staate voraus.

Die Katastrophenpolitik der herrschenden Klassen und der heutigen Regierung wird jedoch die Massen dazu zwingen, von ihrem Naturrecht, von der Revolution, Gebrauch zu machen.

Und dann wird man herausfischen die podergquellenden Weiber aus ihrem Kurfürstendamm, aus den Schlössern und Villen und man wird darin unterbringen die arbeitenden und die kinderreichen Familien, wie man es in Sowjet-Rußland getan hat. Das Bazillus des Hauskapitals aber wird man in Spiritus setzen und ihn in ein Museum verbannen zur Erinnerung der kommenden Geschlechter an die Kulturschande, die wir heute durch die kapitalistische Politik im Wohnungswesen erleben. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Der Demokrat Bahr fordert, daß die Ausschuß-Vorlage in ihrer derzeitigen Gestalt zur Annahme gelange. Mit ihrer Zustimmung bringe die sozialdemokratische Fraktion ein einziges Opfer in bezug auf ihre Grundsätze über das Privateigentum.

Der bayrische Volksparteiler Jaud nennt noch einmal das Loblied des guten treuen deutschen Hausbesitzers und der privaten Bauunternehmer. Soziale Baubetriebe dürften unter keinen Umständen beim Wohnungsbau bevorzugt werden.

Der Kommunist Teuber sprach ebenfalls die Ablehnung der Vorlage durch seine Fraktion aus. Diese erinnere an die Fensterstürzer, die man nach der großen französischen Revolution zur Einführung gebracht habe mit dem Erfolge, daß für die Arbeiter fast nur noch fensterlose Häuser hergestellt wurden.

Damit war die Hauptaussprache über den Gesetzentwurf erschöpft. Die Abstimmung wird in der heutigen Sitzung erfolgen, die um 12 Uhr ihren Anfang nehmen wird.

Die zweite Verschandelung des Hebammengesetzes

Der im Landtag zur Beratung des Hebammengesetzes vom Ausschuß für Bevölkerungspolitik eingesetzte Unterausschuß hat in seiner ersten Sitzung am Donnerstag die Anstellung der Hebammen grundsätzlich gegen die Stimmen der drei Arbeiterparteien abgelehnt, ebenso die Unentgeltlichkeit der Hebammenhilfe. Darauf wurde die Sitzung vertagt, um den Linksparteien Gelegenheit zu geben, zu der geschaffenen Situation erneut Stellung nehmen zu können. Die Vertreter der Spitzenverbände der Krankenkassen sollen zu der nächsten Sitzung geladen werden.

Unsere Vertreterin forderte angesichts der ungeheuren Mißstände auf dem Gebiet der Geburtshilfe die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Hebammen auf der Grundlage der Schaffung von Entbindungsheimen oder Entbindungsstationen in allen Gemeinden oder Kommunalverbänden vorzunehmen. Diese Geburtshilfezentralen könnten dann auch die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Hebammen bei Entbindungen im Hause der Frau vornehmen. Die Anstellung der Hebammen sei dazu Vorbedingung.

Die Hebammen und Mütter müssen in Versammlungen und Kundgebungen deutlich zum Ausdruck bringen, daß sie sich ein Gesetz, wie es diese Bevölkerungsausschuß zurecht zu machen gedenkt, nicht gefallen lassen werden.

Die Justizreformerei

Der sozialdemokratische Reichsjustizminister Dr. Radbruch war als Student und Abgeordneter ein ausgesprochener Freund weitgehender Justizreformen. Er verleugnete nicht die Schule des Kriminalisten Prof. Franz v. Liszt. Seitdem er Justizminister ist, kommt die seit Jahren angekündigte Justizreform nicht vom Fleck, die Rechtsprechung dient mehr denn je reaktionären Zwecken und der Strafvollzug entwickelte sich zu ausgesuchter Grausamkeit gegen Arbeiter, die der Weißen Justiz in die Hände fielen. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde jetzt wieder einmal von der Reform des Strafrechts und des Strafprozesses geredet. In Wirklichkeit aber hat man es, wenn es nicht einmal einer gesetzgeberischen Reform bedarf, noch nicht einmal dahin gebracht, das die Geschworenenbänke und die Schöffenstühle auch von Arbeitern besetzt werden. Proletarier werden ausnahmslos der Rache ihrer Klassengegner vor Gericht ausgesetzt, mag es sich nun um Berufs- oder Laienrichter handeln. Einem Teil der bürgerlichen Parteien kommt es bei der Strafrechtsform in der Hauptsache anscheinend nur auf eine Reform des (freilich verbesserungsbedürftigen) Eherechts zwecks Erleichterung der Ehescheidung an. Aber für andere „Delikte", wie Abtreibung, Gotteslästerung, Streikaufforderung u. a. m. scheint man einer Verschärfung der Gesetzgebung nicht abgeneigt. Wir haben auch nicht das geringste Vertrauen zu den Quacksalbern der bürgerlichen Justiz, und sprechen insbesondere dem Reichsjustizminister Dr. Radbruch das schärfste und feindlichste Mißtrauen aus, der sich einiger sogenannter Gnadenakte gegen Arbeiter rühmt, die als unschuldig Verurteilte der Märzaktion von Zuchthausstrafen zu Gefängnis „begnadigt" wurden. Der Geist der Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterklasse wütet weiter, während die Mordbanditen der Weißen Meute in Preußen und Bayern und über die Grenzen hinaus in Ungarn sich tatenfroh ihres Lebens freuen. Unter einem sozialdemokratischen Reichsjustizminister werden sie freigesprochen und amnestiert, während der Schrei der Massen nach Amnestierung der revolutionär gesinnten politischen Gefangenen ungehört verhallt, bis sich das Proletariat aus eigener Kraft die Macht und das Recht erobert haben wird.

Vor dem Metallarbeiterstreik in Frankfurt

Frankfurt a. M., 17. Februar. Der Schiedsspruch für die Metallindustrie und die handwerksmäßigen Betriebe wurde von beiden Parteien abgelehnt und es steht ein Streik in der Metallindustrie deshalb bevor.

Politische Nachrichten

Eine Lügenmeldung der „Freiheit"

Um ihre sich gegen die Mehrheit der eigenen Partei richtende Haltung gegenüber dem Kabinett Wirth zu rechtfertigen, schreibt die Berliner „Freiheit" in ihrer Nummer vom Donnerstagabend:

„Welche Rote Fahne" nicht, daß prominente Vertreter der Moskauer Internationale erklärt haben, daß es politisch falsch sei, den Sturz des Kabinetts Wirth im jetzigen Augenblick herbeizuführen?"

Wir können der „Freiheit" die Antwort dahin geben, daß die ihrer Frage zugrunde liegende Unterstellung falsch ist. Ein solcher Rat ist nicht erteilt worden.

Die Urteilsverkündung im Prozeß Helmhake

Leipzig, 17. Februar. (TU.) Vor dem zweiten Senat des Reichsgerichts fand heute vormittag die Revisionsverhandlung des Oberleutnants a. D. Hans Hiller statt, der am 18. März vorigen Jahres wegen Mißhandlung des Soldaten Helmhake vom Schwurgericht Berlin zu sechs Monaten Festung verurteilt worden war. Der Angeklagte Hiller war selbst zur Verhandlung erschienen. Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision. Das Urteil wird am 14. März verkündet.

Sowjet-Rußland

Rußlands Friedenswille

OE. Warschau, 17 Februar.

In einer Versammlung der Moskauer Garnison hielt Trotzki eine neue große Rede, worin er sich u. a. an die anwesenden Delegierten der Sowjetregierung für Genua wandte und sagte: Wenn als Ergebnis der Konferenz von Genua die allgemeine politische Lage sich entspannen wird, so können wir zur Demobilmachung eines weiteren Jahrganges schreiten; andernfalls werden wir auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Vorläufig scheint es jedoch, daß die Anerkennung der Russischen Republik durch die Großmächte in greifbare Nähe gerückt ist. Trotzdem dürfen wir uns die Gefahr eines neuen Krieges nicht verhehlen. Wenn wir uns trotz unseres Friedenswillens schlagen müssen, so brauchen wir nur die Hälfte der Heerespflichtigen einzuziehen, um dank der verbesserten Organisation unserer Armee sämtlichen Angriffen unserer Gegner einen unvergleichlich viel härteren Widerstand entgegenzusetzen als je zuvor. Sollte es wirklich zu einem solchen Kampfe kommen, so werden wir erst dann über einen Frieden verhandeln, wenn unsere nächsten Nachbarn, Polen, Rumänien und Finnland, zu Arbeiter- und Bauernrepubliken geworden sind.

Ausland

Windstille in den Vereinigten Staaten

Am Geschäftshimmel der Vereinigten Staaten regt sich kein Lüftchen. Die Hoffnungen, mit denen man das neue Jahr begrüßt hatte, haben sich bis jetzt noch in keiner Hinsicht bewahrheitet. Als Beispiel für die Verschlechterung, die wieder eingetreten ist, seien hier einige Zahlen über den Auftragsbestand des amerikanischen Stahltrustes wiedergegeben, die von vielen Seiten als charakteristisch für die jeweilige wirtschaftliche Lage gehalten werden:

August 1921	4 532 000 Tonnen.
September 1921	4 561 000 „
Oktober 1921	4 287 000 „
November 1921	4 251 000 „
Dezember 1921	4 268 000 „
Januar 1922	4 212 000 „

Die Spaltung der französischen Gewerkschaften

Ein Werk der Amsterdamer

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Gewerkschaftsbund der gelben Amsterdamer Richtung veröffentlicht ein Manifest, worin die Trennung des Bundes in zwei Richtungen festgestellt wird. Die „Rote Fahne" ist der Ansicht, daß dies die Spaltung der Gewerkschaften durch die Amsterdamer bedeute.

Es kracht auch in Dänemark

Die dänische Wirtschaftskrise, von der man in Deutschland bisher verhältnismäßig wenig hörte, hat Ende Januar 1922 begonnen, sichtbare Opfer zu fordern. Drei Banken haben ihre Zahlungen einstellen müssen. Dem ersten Wetterleuchten der Horsens Privatbank folgte der Zusammenbruch Landbrug Handelsog Handwaerker-Bank. Es handelt sich in beiden Fällen zwar nur um kleinere Unternehmen, an denen einige hunderttausend Kronen verloren gehen, doch ist der Verlust um so drückender, als es sich um Banken handelt, bei denen sich hauptsächlich Gelder von kleinen Sparern befanden, die nun auf diese Weise ihrer angelegten paar Groschen verloren gehen sehen.

Nunmehr folgt aber der Zusammenbruch der Kövenhavens Diskonto- und Revisionsbank, eine der größten dänischen Banken. Als Ursache für die Zahlungseinstellung wird die Tatsache angegeben, daß diese Bank die Hauptstadtverbindung verschiedener kleiner Provinzbanken, deren Geschäftsgang in letzter Zeit sehr schlecht war, gewesen sein soll. Auch soll der Zusammenbruch diverser Versicherungsgesellschaften den Krach beschleunigt haben. Nach dem bewährten Grundsatz: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen, werden krampfhafte Anstrengungen gemacht, die Bank, bei der großkapitalistische Interessen auf dem Spiele stehen, zu retten, während beim Zusammenbruch der erstgenannten Kreditinstitute, wo es sich nur um das Geld des kleinen Mannes handelte, kein Hahn nach dem Verlust kräht.

Wirtschaft

Der feine Tüll

Die wunderschönen, kunstvoll bemalten, raffiniert duftenden Damen, die sich zur Abendgesellschaft begeben und ihr zartes Gesichtchen in feinste Tüllschleier hüllen, denken nicht daran, wie dieser durchsichtige Stoff erzeugt wird. Sie denken nicht an die gekrümmten Rücken der über den Webstühlen gebeugten Arbeiterinnen. Und sie denken auch nicht an diejenigen, die von der schweren Arbeit reich werden.

Die Vogtländischen Tüllfabriken, A.-G., in Plauen, veröffentlichen ihren Jahresabschluß und lüften so, wenn auch nur zeitweise, den Vorhang, der das „große Geheimnis" verdeckt, von wo der Reichtum kommt. Da schreiben sie:

„Der Fabrikationsgewinn stellt sich auf 5 317 787 Mk. (im Vorjahr 3 634 382 Mk.). Nach Deckung der Lasten und nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 282 815 Mk (200 359 Mk.) ergibt sich ein Ueberschuß von 1 838 077 Mk (1 438 857 Mk.), woraus 200 000 Mk. (100 000 Mk.) für Wohltätigkeitszwecke aufgewendet und eine Dividende von 30 Prozent (im Vorjahr 25 Prozent) ausgeschüttet werden sollen."

Die gutherzigen Aktionäre! Im Vorjahre haben sie 25 Prozent Dividende bekommen, heuer 30 Prozent, sie haben einen Ueberschuß von einer Million achthunderttausend Mk., nachdem sie ihr Grundkapital vergrößert haben — geben dafür auch 200 000 Mk für Wohltätigkeitszwecke. Die Arbeiterschaft soll ja nicht nur für sie schuften, sondern auch beten.

Aus der Partei

Sorgenfrei, Bevollmächtigter des Eisenbahnerverbandes in Halle, aus der Partei ausgeschlossen.

Der Bevollmächtigte des Eisenbahnerverbandes der Ortsverwaltung Halle, Sorgenfrei, hat während des Eisenbahnerstreiks mit seinen Handlungen im schärfsten Widerspruch zu der Arbeiterschaft und insbesondere zu unseren Genossen gestanden. Er hat sich auch nicht gescheut, in Gewerkschaftsversammlungen sowohl unsere Genossen wie auch deren Anträge aufs heftigste zu bekämpfen. Ortsverein und Bezirksleitung haben deshalb beschlossen, Sorgenfrei aus der Partei auszuschließen.

Dies unseren Mitgliedern zur Kenntnis, falls Sorgenfrei versuchen sollte, in Zukunft in der Oeffentlichkeit als Kommunist aufzutreten.

Ortsverein Halle der KPD.
Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0003

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 5 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Morgen, Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9½ Uhr, in allen Distrikten **Flugblattverteilung.**

Kommunistische Kindergruppe Süd. Die **Arbeitsgemeinschaft** findet **nicht** Dienstag, sondern **Montag** von 5 bis ½7 Uhr statt.

Fraktion der kommunistischen Metallarbeiter. Sonnabend, den 18. Februar, abends 7½ Uhr, im Rauchzimmer des „Volkspalastes".

Distrikt 9 u. 9a. Alle Zehnerschafts- und Hunderschaftsführer, sowie alle aufgestellten Kandidaten für die Elternbeiträte der Kuthen- und Luttenschule treffen sich am Sonnabend, dem 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Letzten Treff". Sehr wichtige Sitzung.

Der 19. Distrikt (Trotha) hält seine Distriktssitzung am Sonnabend, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Kaffeegarten" ab.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Wettin. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, im „Kleinen Schweizerstein": **Mitgliederversammlung.**

Beuchlitz. Sonnabend, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Schubert: **Funktionärsitzung.**

Döllnitz. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zum Palmbaum": **Mitgliederversammlung.**

Rauendorf. Sonnabend, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Hufung: **Mitgliederversammlung.**

Brachstedt. Sonnabend, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Koch: **Mitgliederversammlung.**

Schiepzig. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Dreienberg: **Generalversammlung.** Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Weiterhin können auch die eingetretenen Anteilhaber der Produktivgenossenschaft in Empfang genommen werden.

Lösejün. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, beim Genossen Röber: **Funktionärsitzung.** Sämtliche Vorstandsmitglieder und Zehnerschaftsführer müssen zur Stelle sein.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Queis. Sonnabend, den 18. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Der Steuerraubzug und die Notlage des Proletariats. Referent zur Stelle.

Zschorten. Sonnabend, den 18. Februar, abends 7½ Uhr, im Sonntagshen Lokal: **Generalversammlung.**

Gielsen. Sonntag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof von Raue: **Mitglieder-Versammlung.**

Holzweißig. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags ½3 Uhr, im Fälschen Lokal: **Versammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Bitterfeld. Montag, den 20. Februar, abends ½8 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Generalversammlung.**

Eilenburg. Montag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Rose": **Funktionär-Sitzung.**

Greppin. Montag, den 20. Februar, abends 7½ Uhr, in Schmidts Lokal: **Mitgliederversammlung.**

Wolfen. Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof Wende: **Sitzung sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre der KPD.** Äußerst wichtige Tagesordnung.

Holzweißig. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, in Hiekers Lokal: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion und Schule." Ref.: Gen. Lehrer Kukuk, Halle.

Zörbig. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhause": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion und Schule." Ref.: Gen. Lehrer Kukuk, Halle.

Pratau. Dienstag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthaus Gehicke: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Religion, Christentum und Kommunismus. Referent: Gen. Grabe, Halle.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Pesten. Sonnabend, den 18. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Der Steuerraubzug und die wirtschaftlichen Nöte des Proletariats. Referent: Genosse Rogg, Landtagsabgeordneter.

Meinsdorf. Sonntag, den 19. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Der Steuerraubzug und die wirtschaftlichen Nöte des Proletariats. Referent: Genosse Rogg, Landtagsabgeordneter.

Merzdorf. Montag, den 20. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Der Steuerraub und die wirtschaftliche Notlage des Proletariats.*

Mühlberg. Dienstag, den 21. Februar, abends: **Protestversammlung** des Gewerkschaftskartells. Referent: Gen. Holzweißig.

Nichewitz. Mittwoch, 22. Februar: **Mitgliederversammlung.**

Staritz. Mittwoch, 22. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Steuerraub und Eisenbahnerstreik". Referent: Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Merseburg. Sonnabend, den 18. Februar, abends 7½ Uhr, in der „Funkenburg": **Große Fraktionssitzung** aller kommunistischen Gewerkschafter. Referent: Gen. Lehnert.

Neumark. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9½ Uhr, in Schumanns Gasthof: **Funktionärsitzung.**
Mittwoch, den 22. Februar, abends 7½ Uhr, in Schumanns Gasthof: **Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Referent: Genosse Höder (Halle).

Döllnitz. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 2½ Uhr, im „Palmbaum": **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Kretschau. Sonntag, den 19. Februar, abends ½7 Uhr, bei Börner: **Mitgliederversammlung.**

Naumburg. Sonntag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Gold. Huhn": **Funktionär-Sitzung.**

Unterbezirk Sangerhausen.

Nebra. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Steuerraubzug und Eisenbahnerstreik. Referent zur Stelle.

Wiehe und Memleben. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Wiehe für beide Ortsgruppen: **Mitglieder-Versammlung.**

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Sonnabend, den 18. Februar, abends 7½ Uhr: **Funktionärsitzung** der Distrikts- und Zehnerschaftsführer.

Mansfeld (Stadt)-Leimbach-Hatterode. Sonntag, den 19. Februar, abends 7½ Uhr, im „Preußischen Hof" zu Mansfeld: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Kirche und Freidenker". Referent: Genosse Oskar Bechstedt (Halle).

Verband der Vereine für Halle und Umgeg. (e. V.)
(früher Verband der Theater- und Geselligkeits-Vereine.)
Sonntag, den 19. Februar, vorm. 10 Uhr, im großen Saale des **„Mars la Tour", Gr. Ulrichstr. 16:**

Generalversammlung

Nichtmitglieder-Vereine als Gäste herzlich willkommen.

Weshalb muß der Antisemitismus bekämpft werden?

Hierüber spricht am **Montag, den 20. Februar,** abends 8 Uhr, im **„Wintergarten-Saal"** in öffentlicher Versammlung, Herr

Rechtsanwalt Braubach (Berlin)

Männer und Frauen aller Stände sind zu dieser der Aufklärung dienenden Versammlung freundlichst eingeladen.

Eintrittskarten zu 1 Mk. sind im Vorverkauf in den Musikalienhandlungen von H. Hothan, Reinhold Koch und Albert Manthey zu haben. An der Abendkasse beträgt der Eintrittspreis 2 Mk.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus
Ortsgruppe Halle. *154

Holz-Pantoffeln, Pantoffel-Hölzer,

nur prima Ware, 770
liefert billigst
Otto Fricke, Pantoffel-Fabrik,
nur Kleine Ulrichstraße 9 (Hof).
Holzpantoffeln werden repariert.

Die Nordische Bücherei
bringt in tadelloser Uebersetzung
und Ausstattung eine Auswahl aus dem Besten der großen nordischen Literatur:

Jeppe Aakjaer. Die Kinder des Zorns. Eine Gesindegeschichte. Gebd. in Halbleinen Mk.	20,00
*(3) **Hans Aanrud.** Siosef Langröckchen. Erzählung . . . . . Gebd. Mk.	14,00
(3) — Jungen, 14 Geschichten von kleinen ganzen Kerlen . . . . . Gebd. Mk.	18,00
(r. J.) — Mari Smeehaugen. 16 Bauerngeschichten . . . . . Gebd. Mk.	20,00
(3) **Bendix Ebbell.** Nordwärts, Abenteuer aus vier Jahrhunderten, zur Geschichte der Nordpolexpedition. In Halbleinen gebd. Mk.	20,00
(3) **A. Ehrencron-Kidde.** Wiese Mondergs liebe Tage. Erzählung. In Leinen geb. Mk.	20,00
Johan Fallberger. Mitternachtssonne und Fackelbrand. Erzählungen eines norwegischen Grubenarbeiters. . In Halbleinen Mk.	18,00
— In der äußersten Finsternis. Bergarbeiter-Roman. . . . . In Halbleinen Mk.	20,00
— Timbuktuinier und andere Novellen. . . . . In Leinen Mk.	18,00
Gustaf Johnson. Die Insel. Erzählungen aus den Schären. . . . . In Leinen Mk.	20,—
(3) — Die Gesahr. Erzählung a. d. Hunnenzeit. . . . . Gebd. Mk.	16,00
— Im Dunkel. Erzählung aus dem Bergmannsleben. . . . . In Leinen Mk.	20,00
(r. J.) — Die Spekulation Costa Rayna. Abenteuerroman. . . . . In Leinen Mk.	25,00
(3) **Jens J. Kielland.** Zwei Brüder. Erzählung von der See. In Halbleinen Mk.	20,00
Jakob Knudsen. Andeis Hjamsfjed. Roman. . . . . Gebd. Mk.	30,00
— Um des Lebens willen. Erzählung. Gebd. Mk.	10,00
— Herrschritt. Roman. . . . Gebd. Mk.	30,00
(3) **Jonas Lie.** Rutland. Eine Seegeschichte. In Halbleinen Mk.	16,00
(3) **Severin Lieblein.** Der Letzte seines Geschlechts. Erzählung. In Leinen Mk.	20,00
Pelle Molin. Nordlandserzählungen. In Halbleinen Mk.	16,00
M. Anderseg Nexö. Bornholmer Novellen. 8 Novellen. . . . . Broschiert Mk.	10,00
— Lobgesang aus der Tiefe. Neue Novellen. Gebunden Mk.	20,00
— Pelle, der Eroberer. Bd. I/II. Gebd. Mk.	55,00
(3) **J. W. Nylander.** Seevolk. Erzählungen aus meinem Seemannsleben. Gebd. Mk.	20,00
(3) — Der Schener Lizzie Giay und andere Seegeschichten. . . . . Gebd. Mk.	20,00
(3) — Signal P. H. und andere Erzählungen aus meinem Seemannsleben. Gebd. Mk.	20,00
Johan Stjeldborg. Goldholm. Roman. . . . . In Leinen Mk.	20,00
(3) **Harald Tandrup.** Die Schicksalsmacht. Eine Erzählung von Tieren u. Menschen. Gebunden Mk.	18,00

* (3) sind besonders auch für die Jugend geeignet.
(r. J.) bedeutet für die reifere Jugend. (Bücher für die ganze Familie).

Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft
für d. Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Abteilung:
Bezirks-Zentralbuchhandlung,
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14,
und deren Filialen:
Halle a. d. S., Volksbuchhandlung, Harz 42/44,
Merseburg, Volksbuchhandlung, Markt 7,
Eisleben, Volksbuchhandlung, Breiter Weg 8,
Zeitz, Volksbuchhandlung, Bismarckstraße 4,
Naumburg, Buchhandlung Frau Heese, Michaelisstraße 26,
Weißenfels, Volksbuchhandlg., Dammstraße 18,
Helbra, K. Burzhardt, Bolzenschächterstr. 4.

Fellsammler!
Treffpunkt bei
Gebr. Danglowitz
Fischerplan 2. 80

Bekanntmachung.

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern 36921 bis 41472 (Pfandscheine in braunem Druck) **wird vom 9. März,** 9 Uhr vormittags, an im Leihhause **an der Marienstraße Nr. 4** stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Pelzen, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle a. d. S., den 10. Februar 1922. 116
Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Stadt-Theater.
Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3½ Uhr:
Volksvorstellung „Schwanenweiß"
Märchenspiel von Strindberg.
Abends 7½, Ende nach 10 Uhr.
„Mignon" 765
Oper von A. Thomas.
Montag:
Nichtöffentliche Vorstellung
Thalia-Theater
Sonntag, den 19. Febr. 1922, 784 abends 7½ Uhr:
Die Anne-Liese
Schauspiel von H. Herich

Operetten-Theater
am Riebeckplatz (Fernruf 6183)
Allabendlich 7½ Uhr:
Letzte Woche!
749 **Das Hollandweibchen.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda.
Abends 7½ Uhr:
Letzte Sonntagsaufführung!
Das Hollandweibchen
Kasse ab ½10 Uhr
ununterbrochen geöffnet.

Zoo.
Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3½ bis 5½ Uhr:
Konzert.
Philharmon. Orchester.
Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer. *159
Montag, den 20. Februar, von 3 Uhr nachm. an:
:: **Großes Kinderfest.** ::
Donnerstag, den 23. Febr.:
: **4. Geselliger Abend** :
Vortrag Dr. Kutscher:
„Wunder der Tiefsee."
Mit Lichtbildern.
Tanz.

Gesellschaftshaus (Schmidt),
Dessauer Straße 12.
Sonntag, den 19. Februar, nachm. 4 Uhr:
Piccolo-Ball.
Jeder erhält einen Hut gratis.
Volles Orchester.
783 **E. Wollrath.**

Gummi-
waren-Versand.
Liste Nr. 9 einfordern.
E. Kertscher,
Leipziger Str.
(Eck Poststr.) 97

Reparaturen an Uhren
sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preis.
H. Lerner, 78
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Möbel-Haus Albert Letsch
13 Henriettenstraße 13
Nähe Breitestraße
kein Laden
empfiehlt:
Schlafzimmer, Küchen, Wohnzimmer, | **Möbel aller Art neu!**
Möbeltischlerei.
100 **Versandhaus.**

Volkspark
Morgen, Sonntag: 762
Freikonzert.

8ung! 8ung!
Heute: Rasenabend mit Preisverteilg.
bei **Brinkmann,** Dessauer Straße.
1. Pr.: Eine Schwartenwurst. 2. Pr.: Eine Fl. Rotwein.
Anfang 7½ Uhr 753 Anfang 7½ Uhr.
Daselbst: **Schlachtefest.**
ff. Wellfleisch, fr. Bratwurst, sowie alle Sorten Wurst.
Es ladet ein **Der Stammtisch „Gut Blatt".**

B. B.B. Beths Bunte Bühne
Tonangebende Künstlerspiele.
Allabendlich:
Der aus allerersten Kunstkräften bestehende
Riesen-Spielplan.
Unter anderem:
Der geniale Zauberkünstler
Hans Borose
als **Meister-Dieb.** 760

Zelida-Dauerwäsche
ist das Original-Fabrikat, keine vom Händler eingestempelte, beliebige Bezeichnung.
Zelida wird viel nachgeahmt, aber nicht erreicht! 755

Zelida-Dauerwäsche
in extra starker Ausführung stellt alles in den Schatten, was bisher geliefert wurde!

Große Abschlüsse! Billige Preise!
Nachahmungen weise man zurück!
Verkaufsstelle:
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

+ Bruchleidende +
gleich welcher Art und Größe Ihre Leiden sind, besuchen Sie meinen Vertreter, der Ihnen ohne jede Verpflichtung mein, **gleich einer schützenden Hand von unten nach oben wirkendes,** vom Reichspatentamt gesetzlich geschütztes

Universal-Bruchband

vorzeigen und wenn gewünscht, Bestellungen auf dieses, sowohl als auf alle weiteren in diesem Inserat nachfolgend aufgeführten Artikel entgegennehmen wird am:
Dienstag, den 21. Febr., abends von 6½ — 7½ und Mittwoch, den 22. Febr., morgens von 7½ — 1½ in Halle a. d. S., „Hotel grüner Baum".
Außerdem stehen Muster für Maß- und Spezialarbeit zur Verfügung in:

Leibbinden nach Wunsch f. jedes Leiden,	Busenhalter und Busenentwickler, Plastik, Bulen i. flesch. Gummi,
Gummileibbinden in jed. Qualit.	Krampfadern-Strümpfe,
Mutterverfallbinden,	Kopfhalter für Darmoperierte,
Gummibrandbinden,	Bürste für Wermisser, Tag u. Nacht tragbar,
Gerdenpflst,	Hosenträger nach Maß.
Korsetts nach Maß u. Wunsch,	

Ueber sämtliche Artikel der
Sanitäts-, Chirurgie- und Gummiwarenbranche!
* ebenso über alle **Sport-, Toilette- u. Frauenartikel** *
belieben Sie vor Einkauf Ihrer Bedürfnisse **unsere reichhaltigen Kataloge kostenlos** und ohne jede Verbindlichkeit zu verlangen, **vorausgesetzt,** daß Sie Ihre Bestellungen nicht bei unserem Vertreter aufgeben wollen. Bei Angabe evtl. bestätigter Artikel sind wir auch gerne bereit und wenn nötig, Sonderofferte zu machen. Sie werden sich hierbei überzeugen, daß wir bei **bester** Qualitätsware **weit unter** Tagespreis liefern.
Distreter Versand. — Umtausch, wenn unbenützt, gestattet.
Ph. Steuer Sohn, Konstanz (Bad.), Wessenbergstr. 15/17.
Telephon 515. / Spezialfabrik orthopädischer Artikel und Bandagen. *122
Erstes und leistungsfähigstes Versandhaus.

Die Preise steigen!
Wir sind anerkannt billig!
Solange Vorrat: 714
unsere beliebten Lodenmäntel
nur Mk. **300—**
Herren-Ulster . Mk. 875,— **325—**
Sport-Anzug . Mk. 850,— **450—**
Der Frühjahrs-Hut . Mk. **125—**
Prima Ausführung, leicht und elegant
J. Wigand & Co.

Obstschlörgen
in Dauerware
bei kleinen Kindern wurden mit Herr Dr. med. W. R. in B. berichtet, in ganz kurzer Zeit durch Obermeier's Medizinalpeptonhandlung beseitigt. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besond. zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfüm. **Herba-Preise** 45

UT
Begeisterndes Beifall
finden die Programme der beiden U.-T.-Lichtspiele
Leipziger Str. 88.
Kinder der Finsternis
1. Teil
Der Mann aus Neapel
und das entzückende Peukert-Lustspiel
Professor Nebdeln und sein Schüler.
Alte Promenade 11 a,
der 2. Teil von
Seine Exzellenz von Madagaskar „Stubbs, der Detektiv"
und das prächtige Rieck-Lustspiel
Die Bärenjungfrau.
Beginn:
In beiden Theatern Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 4 Uhr. 761
UT

Licht-Spiele
gr. Ulrichstr. 51.
Täglich
4.00 6.15 8.30
Quellen der Liebe
Film-Stagspiel neuester Art mit Rezitations-Prolog und Gesangs-Vortrag der sichtbar lebenden Darsteller im Film. 760
Persönliche Mitwirkung des Herrn Hofopernsängers
Jean Speth.
Ferner:
Friedrich Zelnick und **Robert Scholz** in dem Abenteuerdrama
Das begrabene Ich.
Sonntag: Beginn 3 Uhr

Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Täglich:
Der große **Albertini-Sensationsfilm**
Die Todesfeier
in 6 prachtvollen Akten.
Ferner: 750
Strandgut d. Leidenschaft
gewaltig. Drama von der Wasserkante in 5 Akten mit **Margarete Lanner** und **Heinrich Peer.**
Beginn: Wochentags 4, Sonntags 3 Uhr.

Nur noch bis Sonntag!
Gustav Bertram 2. Teil
Bertram in Mikin in 4 Akten.
Im Edison-Theater, Goethestraße 26
Ferner: 767
Das Mädel aus dem Sumpf
Detektivdrama in 5 Akten.

Modernes Theater
die führende
Kleinkunst-Bühne.
Gastspiele
Ed. Kempinski's Lebende Marmor-Schönheiten
Naturell. — Naturell.
Außerdem 12 erstklassige **Künstler-Kräfte.**

Alle Sorten Möbel
noch zu billigem Preise zu verkaufen. 115
Frau Thormann
Spitze 13.

Bettstellen
mit Paten- und Auflage-
Matratzen, Sofas, Chaiselongues
billig zu verkaufen
Kurt Hoffmann
Ludwig-Wüchterer-Str. 37
(Nähe Bernburger Str.) 161

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 18. Februar 1922

Die Sparsamkeit der Stadt

III.

Wenn Goethe einmal gesagt hat, daß nur die Lumpe bescheiden sind, so hat er damit doch nicht andeuten wollen, daß jeder aufgeblasene Frosch sich einbilden dürfe, er wäre ein Genie, dessen Spuren in Aeonen nicht untergingen. Wenn man so die nach überladenem Magen duftenden Ergüsse hoher und höchster Bureaukraten betrachtet — eine keineswegs amüsante Beschäftigung! — so muß man sich doch fragen: Was soll das Geschwafle? Kein auch nur halbwegs Eingeweihter wird es dem hohen Olympier auf der alten Salzstadt hartem Throne glauben, daß — wie er es durch sein publizistisches Faktotum in alle Welt hinausposaunen ließ — das Heil des sogenannten Deutschen Reiches, sämtlicher lieben Länder und Ländchen desselben und last not least der verehrten fremdvetterlichen Kommunen einzig und allein in der Befreiung der Welt von der verruchten Rotte der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu finden sei. Wären diese gezähmten Bestien, die sich mit tausend Polypenarmen verbrecherisch an die schlappen fiskalischen Säckel klammern — ein Beamter tut so etwas nie! — erst einmal zum Teufel gefagt, so wird (sagt hoher Rat) die gequetschte Zeitgeschichte zunächst einmal tief Atem holen, der Meliorationsprozeß setzt sodann mit mathematischer Sicherheit ein, die „Sanierung" ist im Handumdrehen fertig und der göttergleiche Finanzprofessor auf hohem Stuhle erhält nun endlich den wohlverdienten Suppenlorbeerkranz, ohne vom Sitze rutschen zu müssen.

Heimtückische Seelen wollen nun freilich alles besser wissen; sie behaupten, daß die vom Magistrat jetzt so feindselig behandelten Hilfsangestellten jahrelang bei mehr als kärglicher Entlohnung ihre Pflicht getan — genau wie die Beamten der Stadt! — und daher Anspruch auf respektierliche Behandlung hätten — genau wie die Beamten der Stadt! — daß sie auch heute nicht entbehrlich sind und daß mindestens ihre vertraglichen Rechte seitens der hohen Mandarinen geachtet werden sollten! Was wird aber getan? Der sogenannte Abbau der Kriegsorganisationen, die nota bene noch manches liebe Jahr ihr wenig beliebtes Dasein fristen werden, da immer noch kein Allheilmittel gegen sie gefunden, liefert zwar einen ziemlich schäbigen, aber doch immerhin famos verwendbaren Vorwand, die Hilfsmenschen so peu à peu an die frische Luft zu setzen, um endlich reine Tafel für alle guten Geister zu schaffen. Ja, der verdammte 2. November des Unglücksjahres 1920, da die schwarzen Stadtväter in Sack und Asche nach dem roten Gewerkschaftshause auf dem Harz pilgern mußten, um gut Wetter für die bösen Streikaussichten zu bitten, der hat's eben vertan! Jeder anständige Mensch braucht doch seine Rache — und warum wollten die Kerle denn Gehaltserhöhung?! Doch nur, um noch mehr zu fressen und zu saufen und sich schließlich gar ein Ränzlein anzumästen, auf das doch — beim Hades! — nur ein wohlehrbarer Stadtvater geziemenden Anspruch hat! Also raus mit diesem Schlemmervolke, es wird jetzt abgebaut . . . verstanden? Sollte infolge der massenweisen Entlassungen der Hilfsangestellten während der letzten Monate, die in schreiendem Mißverhältnisse zu dem tatsächlichen Abbau der Kriegsbureaus stehen, diese oder jene Existenz zum langsamen Hundertode verurteilt sein, so ist das nur die gerechte Strafe für jenen fluchwürdigen 2. November! Was zu beweisen war! Wer lacht da? Die Sache ist doch bitter ernst, lieber Leser!

In den Bureaus der Kriegsorganisationen (und auch in den anderen, denen die Hilfsarbeiter entzogen wurden) häufen sich die Arbeiten in grausem Tempo — was tut das? — schimpfen die Beamten über ungehörige Belastung ihrer Arbeitskraft — was tut das? — flucht wild das Publikum über stundenlanges Wartenmüssen, beleidigt und bedroht die paar Männeken, die's beim besten Willen nicht schneller schaffen können — was tut das? Es wird eben abgebaut, mein Lieber, es wird eben gespart, verstanden? Und im übrigen geht dich die Sache gar nichts an, du hast überhaupt nicht zu philosophieren über Dinge, die im hohen Rate wohlweislich beschlossen, von denen du mit deinem beschränkten usw. nicht das geringste verstehst! Die Hilfsarbeiter fliegen weiter, die Beamten stopfen immer mehr in ihre Mappen, um es in häuslicher Abendstille geräuschlos zu erledigen, die Wut des p. t. Publikums fängt an, den Siedegrad zu erreichen — macht nichts! Es wird eben weiter „gespart!" Die Nerven der Beamten gehen schließlich zum Teufel, es naht das Pensionsgespenst, das fürchterliche, dem Fiskosäckel so verhängnisvolle, die Arbeitslosenunterstützungen nehmen immer größere Dimensionen an — macht nir! Es wird eben abgebaut, es wird weiter gespart! Siehste woll! . . . Hunderte verlumpter Existenzen aber schauen fragend nach dem alten Knaben auf strahlendem Götterstitze: War das wirklich nötig, Schwagerchen? — Die Antwort kam . . . es war das Lächeln des Auguren!

Sapriki.

Stinnes triumphiert

Stinnes forderte zwecks Balancierung des Eisenbahn-Etats die Erhöhung der Eisenbahn-Fahrpreise, die Entlassung von 130 000 Eisenbahn-Arbeitern und -Beamten. Die Regierung gehorcht dem Augenzwinkern Stinnes, und Hundsott-General Groener ordnet an, daß bis zum 31. März 20 000 Eisenbahner entlassen sein sollen. Zu diesem Zweck soll die unbeschränkte Ausdehnung der Arbeitszeit eingeführt werden. Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle sollen allein 1000 Mann entlassen werden. Bei den Arbeitern ist der Anfang gemacht worden, die Beamten werden nachfolgen. So sind auf dem hallischen Güterboden der Frachtgüterabfertigung in letzter Zeit 50 Mann entlassen und 30 Mann nach anderen Dienststellen versetzt worden, so daß also an dieser einen Stelle eine Personalverminderung von etwa 80 Mann eingetreten ist. Ist nun wirklich so wenig Arbeit vorhanden, daß diese Entlassungen auch nur eine Spur der Berechtigung in sich hat? Nein, denn die Arbeit kann nicht von den übriggebliebenen Arbeitern bewältigt werden, sie müssen Ueberstunden und Sonntagsarbeit leisten. So prangt in der Frachtgutabfertigung wieder ein Anschlag, daß am Sonntag von 6 bis 2 Uhr gearbeitet werden muß. Um die Gesetze kümmert sich die Reichseisenbahn nicht. Arbeiter und Beamten werden entlassen und die Uebrigbleibenden müssen fleißig Ueberstunden schieben. Dieses Beispiel geben Reichsbehörden eines Staates, in dessen Regierung drei Sozialdemokraten sitzen. Stinnes-Groener triumphieren auf der ganzen Linie.

Wer ist denn das?

Das ist kein Gesicht, kein Abendmahlskelch, auch keine Aschenurne und erst recht nicht eine Punschterrine, sondern das Zaubergefäß der heiligsten Handlung in der deutschen Republik — eine Wahlurne; sie ist genau so hohl und leer, wie viele Köpfe nichtssagender Stadtverordneter, die bescheiden genug sind, sich im Hallischen Parlament nur als Stehaufmännchen zu betätigen.

Der Turkestaner.

Die Angestellten-Tarif-Verhandlungen gescheitert

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Am Freitag, dem 17. Februar, fanden zwischen den Spitzenorganisationen der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände und der Allgemeinen Arbeitgebervereinigung Halle Verhandlungen über Erhöhung der Gehälter statt. Gefordert wurde, die Grundgehälter der Gruppe B 1 um 100 Mk. und die der Gruppe B 2 um 200 Mk. zu erhöhen. Sämtliche Gehälter sind für Januar um 30 Prozent, für Februar um 50 Prozent zu steigern. Die Arbeitgeber lehnten für den Monat Januar jegliche Gehaltserhöhung ab und boten für Februar 20 Prozent Aufschlag auf die Dezember-Gehälter. Die Angestellten der Lebensmittelbranche, der Holzindustrie, der papierverarbeitenden Industrie und die Techniker und Werkmeister der Merseburger Ueberlandbahn erhalten dieselbe Gehaltserhöhung auf die vom Demobilmachungskommissar festgelegten Gehälter. Der Abschlag der weiblichen Angestellten soll in der bisherigen Weise beibehalten werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer forderten, bevor die Verhandlungen über die Gehaltserhöhung weitergeführt wurden, die noch strittigen Fragen des Mantteltarifes zur Erledigung zu bringen. Es wurde auch über den Mantel eine Einigung erzielt. Bezüglich der Gehaltserhöhung kam es zu sehr lebhaften Debatten, in denen besonders hervorgehoben wurde, daß es den Angestellten in Anbetracht der allgemeinen Teuerung unmöglich ist, mit den bisherigen Bezügen auszukommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß bereits mehrere Angestellte der Waisenhaus-Buchhandlung gezwungen waren, freiwillig ihre Stellung aufzugeben, weil mit Mitte des Monats ihre Gehaltsbezüge von 750 bis 900 Mk. vollkommen aufgebraucht waren und sie effektiv vor dem Nichts standen. Diese Angestellten beschlossen, als Arbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen, nur um nicht zu verhungern.

So wie den Buchhandlungsangestellten geht es einem großen Teil der anderen Angestellten. Es ist infolgedessen Pflicht der Arbeitgeber, so schnell als möglich auskömmliche Gehälter den Angestellten zu gewähren, d. h. nicht nur eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent für den Monat Februar eintreten zu lassen, sondern auch für Januar die Gehaltsbezüge zu erhöhen. Schließlich erklärten die Arbeitgeber sich bereit, über die Erhöhung der Januargehälter zu verhandeln, wenn in freier Vereinbarung eine Regelung der Februargehälter zustande kommt. Die Arbeitnehmer gaben daraufhin folgende Erklärung ab:

Wir sind bereit, über die Februargehälter zu verhandeln, wenn vorerst die bestimmte Erklärung seitens der Arbeitgeber abgegeben wird, daß die Arbeitgeber zur Erhöhung der Januarbezüge bereit sind."

Dies wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeitgeber verfolgen hier einen sehr klugen taktischen Schachzug. Erst wollen sie über die Februar-Gehälter verhandeln, um so den Angestellten das, was sie ihnen von den Februar-Gehältern abziehen, für den Monat Januar zu gewähren. Das bedeutet eine Verschlechterung der Gehälter auf lange Zeit hinaus, denn ein Abzug des Februar-Gehaltes und verteilt auf das Januar-Gehalt würde die Gehälter für die kommenden Monate verringern. Bei den Verhandlungen wurde vor allen Dingen von seiten der Arbeitnehmervertreter ganz besonders hervorgehoben, daß die Arbeitgeber in letzter Zeit den zwetten, vom hiesigen Schlichtungsausschuß einstimmig gefällten Schiedsspruch abgelehnt haben. Dies muß seitens der Arbeitnehmer als Provozierung aufgefaßt werden. Wenn in ganz kurzer Zeit zwei einstimmig gefällte Schiedssprüche von den Arbeitgebern als nicht annehmbar bezeichnet werden, so bedeutet das, die Angestellten haben sich dem Arbeitgeberangebot zu beugen und jedes Verhandeln ist somit überflüssig. In Anbetracht der so gegebenen Situation und des undiskutierbaren Angebots der Arbeitgeber, ließen die Arbeitnehmervertreter die Arbeitgeber darüber nicht im Zweifel, daß ein weiteres Verhandeln nicht zweckmäßig erscheint. Die Notlage der Angestellten erfordert Handeln und nicht unnützerweises Diskutieren. Der Vorsitzende der Verhandlung erklärte hierauf, die Verhandlungen sind an der Unterschiedlichkeit der gegenseitigen Meinungen gescheitert.

Kolleginnen und Kollegen! Jetzt heißt es wirklich handeln. Nun liegt es an Euch, Ihr habt zu entscheiden, Euch Eure Existenz zu verbessern oder das Joch des Elends auf Euch zu nehmen. Die Arbeitgeber haben kein Verständnis für Eure schlechte wirtschaftliche Lage. Zeigt ihnen, bereit zu sein, den Arbeitgebern dieses Verständnis aufzuzwingen. Geschlossen muß die Angestelltenschaft bis auf den letzten Mann stehen. Die Situation ist ernst und wir wissen nicht, wann die Parole des Handelns erfolgen kann. Vielleicht in allerkürzester Zeit.

•

Am Dienstag, dem 21. Februar, findet im „Volkspark" eine öffentliche Protestversammlung der Angestellten gegen das Angebot der Arbeitgeber statt. Erscheint in Massen, um dort Euren Willen zur unbedingten Erkämpfung der Erreichung einer den jetzigen Zeiten entsprechenden Bezahlung zu bekunden.

* **Die kommunistischen Vorstände des Fabrikarbeiter-Verbandes** treffen sich Sonntag, den 19. Februar, vormittags ½9 Uhr im „Gewerkschaftshaus".

* **Kommunistische Metallarbeiterfraktion.** Auf die heute Abend stattfindende Sitzung der Metallarbeiterfraktion (7½ Uhr Rauchzimmer) weisen wir nochmals hin.

Kommunistische Fraktion des Kreistages. Zu der am Dienstag, dem 28. Februar, stattfindenden Kreistagssitzung findet die Fraktionssitzung erst am Sonntag, dem 26. Februar, vormittags 9 Uhr, in der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, statt.

* **Annahme des Schiedsspruchs durch die Funktionäre der Metallarbeiter.** Die am Freitag, dem 17. Februar, im „Volkspark" tagende von etwa 200 Kollegen besuchte Funktionär- und Betriebsräteversammlung des Metallarbeiterverbandes lehnte einstimmig den Schiedsspruch über den Lohntarif ab. Am Montag, dem 20. Februar, abends 7 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im „Volkspark" statt, zu der alle organisierten Metallarbeiter erscheinen müssen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

* **Die Kommunistische Kindergruppe** veranstaltet am Dienstag, dem 21. Februar, abends 7½ Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark" eine öffentliche Elternversammlung. Genosse Wiesner (Berlin) referiert über das Thema Wesen und Ziel der Kommunistischen Kindergruppe. Genossinnen und Genossen, erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

* **Modell- und Fabriktischler.** Montag abend, ½8 Uhr, findet eine Versammlung in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, statt. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zum Schiedsspruch der Metallindustrie.

* **Betriebsräte des Baugewerbes.** Am Sonntag, dem 19. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark" (Kartellzimmer) eine Vollversammlung aller Betriebsräte des Baugewerbes statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Bandelegierten unbedingt erforderlich.

* **Achtung, Zimmerer!** Wir weisen nochmals auf die heute abend, 7 Uhr, im „Volkspark" stattfindende Mitgliederversammlung hin. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, treffen sich alle Zimmerer von Dölau, Lieskau, Salzmünde und Letzlin im Gasthof Dierichte zur Versammlung.

* **Kommunistische Jugend** (Halle-Süd). Sonntag treffen sich alle Mitglieder um 2 Uhr auf dem Rannischen Platz zu einem Ausflug nach der Heide. Abends ½7 Uhr gemütliches Beisammensein im kleinen Zimmer der Produktivgenossenschaft. Montag abend ½8 Uhr kommen alle Mädels im kleinen Zimmer der Produktivgenossenschaft zu einem Nähabend.

* **Achtung! Metallarbeiter!** Die Kollegen von Halle und Umgegend werden ersucht, den Betrieb der Firma Franz Kohl, Maschinenfabrik, Lauchstedter Straße, zu meiden, da dort Differenzen ausgebrochen ausgebrochen sind. Ueber die Differenzen werden wir noch berichten. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen worden und wird in dieser Frage noch einen Spruch fällen. Kollegen, übt Solidarität!

* **Die nächste Sitzung der Stadtverordneten** findet am Montag, dem 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Vorlagen: 1. Nachtrag zur Gebrauchsordnung für die Feuerbestattungsanlage. 2. Aenderung der Friedhofsgebührenordnung. 3. Anrechnung freiwilliger Zuwendungen im Kleinwohnungswesen. 4. Mietbewilligung für Dienstreisen. 5. Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Beisitzer. 6. Grundstückstausch Boelckestraße-Landrain. 7. Erhöhung des Marktstandgeldes 8. Aufhebung eines Straßenbauvertrages. 9. und 10. Nachbewilligungen. 11. bis 27. Rechnungsentlastungen. 28. Nachbereinigungsverbandlung. 29. bis 37. Anträge und Petitionen. Hier auf findet noch eine nichtöffentliche Sitzung statt

* **„Volkspark."** Heute abend im großen Saal Kappenball d. Arbeiter-Sängerchors, im kleinen Saal Ball des Naturheilvereins. Morgen, Sonntag, Ball der Straßenbahn-Unterstützungskasse. Im kleinen Saal Bandonionklub „Saxonia". In den unteren Räume Freikonzert.

Am Dienstag, dem 21. Februar, abends 7½ Uhr, im Restaurationssaal des „Volkspark"

Große Funktionär-Versammlung

Thema:

Die bevorstehenden Betriebsrätenewahlen

Referent: Genosse Höcker.

Zur Teilnahme verpflichtet sind alle Funktionäre der Partei, die Betriebsräte, Betriebsratsvorstände, Obleute der Gewerkschaftsfraktionen, Gewerkschaftsvorstände, Distriktsführer, Hundertschafts- und Zehnerschaftsführer.

Parteibuch legitimiert.

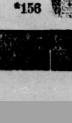
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Paede, für Anzeigen Fritz Kroß, Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Amtl. Verlag Klassenkampf

Im Interesse der vielen **Bruch- und sonstigen Leidenden**, wie auch im Interesse **derer, die jedweiche Sport-, Sanitäts- oder stammverwandte** Artikel benötigen (insbesondere **Kassen, Wöchnerinnen** usw.), sei an dieser Stelle ganz besonders auf das Inserat der Firma **Ph. Steuer Sohn** in heutiger Nummer hingewiesen. Der **gute** und **weitverbreitete** Ruf **dieser** Firma bürgt dafür, daß **trotz billigst** berechneter Preise **jedermann bestens** bedient wird. *128

Die vielseitige Verwendung von MAGGI's Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6; man achte darauf, daß der Plombenverschluß unversehrt ist.

ist vielfach noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art, sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack.



*156

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Ein fideles Gefängnis für Kriegsverbrecher

Die „geheimnisvolle" Flucht Dittmars aus Naumburg

Der „Klassenkampf" hat seit dem Willen des von Eberts Gnaden eingesetzten Sonderjustiz immer und immer wieder Zuschriften aus den Gefängnissen veröffentlicht, in denen sich unsere Genossen in den Gefängnissen über erbärmliche Behandlung oder Verpflegung beschwerten. Sehr oft wurden Klagen laut, wo Angehörige der politisch Inhaftierten nicht sprechen durften; die vorgeschriebene Zeit, in der Besuche empfangen werden dürfen, wird genau eingehalten, ganz gleich, ob die Angehörigen 100 bis 200 Mk. und noch mehr für Bahnfahrt ausgegeben haben. Sobald die vorgeschriebene Sprechzeit abgelaufen ist, müssen sie wieder fort. Aber die Gefängnisvorsteher und Staatsanwälte, die über diese Vorschriften wachen, drücken nicht nur ein Auge, sondern auch zwei Augen zu, wenn es sich um Angehörige ihrer Klasse handelt. Da sind sie sehr darauf bedacht, diesen Leuten das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Wir wollen für diese Behauptung sogleich auch den Beweis antreten. Es betrifft hier die Behandlung des Oberleutnants Dittmar in Naumburg. Dittmar war im Verhältnis zu unseren Genossen, die wegen Plakatankleben drei Jahre Zuchthaus erhielten, mit seinen paar Jahren Gefängnis noch gut weggekommen, denn er hatte mehrlose Menschen erschießen lassen. Was hatte nun dieser Mann für eine Behandlung in Naumburg zu erdulden? Er lag nicht etwa in einer Zelle wie unsere Genossen, sondern in einem Wohnzimmer, Photographien und Bilder zierten die Wände, der Tisch gewissermaßen weiß gedeckt, das Bett weiß überzogen, und da sein Schwiegervater, der Möbelfabrikant Schneider, in Naumburg wohnt, bekam er auch von ihm ein vollständiges Bett geliefert. Diese Mordgesellen können natürlich nicht auf den alten Pritschen in den Gefängnissen schlafen, diese sind nur für unschuldig im Gefängnis schmachtende Arbeiter da. Welcher Arbeiter hat schon in seiner Zelle Besuche empfangen dürfen? Ein Dittmar darf das. Er empfing im August in seiner Zelle seine Frau, aber nicht nur wie gewöhnlich, 10 Minuten, sondern einige Stunden. Am 19. August kehrte dieser Herr abends 11.00 Uhr in seine Zelle zurück, wo doch in Naumburg schon abends 6.00 Uhr Einschluß ist. Hat vielleicht an diesem Tage eine Beratung der Kappfiädler Orgesch stattgefunden, mit dem Thema: „Wie befreien wir den „Ehrenmann" Dittmar? Oder hat sein Schwiegervater ein Essen veranstaltet? Am 30. August durfte dieser „arme" Mann seine Frau wieder in seiner Zelle empfangen, in der Zeit von 2 bis 3 Uhr. Auch andere Besucher durfte D. in seiner Zelle empfangen, wo sie gewöhnlich über ein Stunde verblieben. Unter den Besuchern soll auch Admiral Köster gewesen sein. Was dort beschrochen worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis, denn niemand war weiter zugegen. Während die Pakete jedes Gefangenen aufs genaueste Untersucht werden, wurde bei D. überhaupt nichts nachgesehen. Ist es da ein Wunder, wenn die Flucht so gut gelang?

Als der Vogel ausgeflogen war, hat man sich den Spaß erlaubt, 50 000 Mk. auszusetzen als Belohnung zur Wiederergreifung Dittmars. Der Vorsteher, der sich sowieso pensionieren lassen wollte, wurde entlassen. Der Staatsanwalt, dem das Gefängnis untersteht, ist aber noch im Amt und Würden, denn er muß ja weiter wie bisher Arbeiter verknacken. Und da er gerade noch amtiert, wollen wir ihm noch einiges Material unterbreiten, das geeignet sein dürfte, etwas Licht in die „mysteriöse" Flucht Dittmars zu bringen.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist der Herr Oberleutnant entflohen. Als die Arbeiter der Firma Meyer u. Voigt in Naumburg am Sonnabend früh zur Arbeit erschienen, gewahrten sie plötzlich einen ganz neuen schweren Benzwagen, der am vorhergehenden Abend noch nicht an Ort und Stelle gestanden hatte. Am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr sollte die Fahrt mit diesem Auto vor sich gehen, anscheinend eine Probefahrt. Chauffeur war ein Leutnant a. D. Wagner, ehemaliger Chauffeur des Landbundes. Da ihm das Ankurbeln des Wagens nicht gelingen wollte, rief er einen Arbeiter herbei, dem er für seine Hilfe 20 Mk. gab. Dabei zeigte sich, daß der arme Schluder von Chauffeur eine dick mit Banknoten gefüllte Brieftasche bei sich trug. Man braucht sich den Kopf wohl kaum zu zerbrechen, wo das viele Geld herrührte. Die Fahrt ging vor sich; anscheinend wurde ausprobiert, wieviel Stunden der Wagen brauchte, um bis zur Holländischen Grenze zu gelangen. Wagen und Chauffeur kamen nachmittag wieder von der Fahrt zurück, um eine Stunde später wieder wegzufahren. Ab dann gewisse Vorbereitungen getroffen worden sind, das auszuführeln, wollen wir zunächst einmal dem Herrn Staatsanwalt überlassen. Wir werden dann weiter darüber reden. Noch der Flucht Dittmars war auch der Chauffeur verschwunden. Er ist beobachtet worden, als er am Montag früh wieder zurückkehrte, kurze Zeit darauf reiste jedoch auch er auf Nimmerwiedersehen ab. Seine Tätigkeit war beendet.

Der Herr Staatsanwalt hat unseres Erachtens jetzt zu untersuchen, mit welchem Auto der Kriegsverbrecher Dittmar entflohen ist. Vielleicht gelingt es ihm, mit Hilfe unseres Materials Licht in die Sache zu bringen. Er ist ja der Vertreter der objektivsten Behörde der Welt; er hat die Pflicht, energisch zuzugreifen, sobald nur ein Fingerzeig vorhanden ist, der geeignet ist, die „rätselhafte" Flucht des Kriegsverbrechers Dittmar aufzuklären. Wir werden also abwarten, was der Staatsanwalt jetzt tut, und dann uns weiter dazu äußern.

*

Noch eine Belohnung!

Nach einer in den Blättern veröffentlichten Bekanntmachung des Oberstaatsanwalts von Naumburg hat der Regierungspräsident von Merseburg auf die Ermittlung der Täter, die den in der Nacht vom 20. Januar d. J. aus dem Naumburger Gerichtsgefängnis entwichenen Oberleutnant zur See a. D. Ludwig Dittmar bei der Flucht behilflich gewesen sind, eine Belohnung von 20 000 Mark ausgesetzt.

Bergarbeiterstreik in Mansfeld

WTB. meldet:

Eisleben, 17. Februar. Gestern nachmittag traten die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes in Helbra zusammen, um über die Maßnahmen angesichts der Ablehnung der Forderungen durch die Mansfeld-Syndikat-A.-G. zu beschließen. Es wurde beschlossen, mit der Mittagsschicht des morgigen Sonnabends in den Streik zu treten, wenn die Antwort nicht bis Freitag mittag erfolgt sei. Die auf 20 Mk. Zulage je Schicht für alle Arbeiter über 21 Jahre und auf Ausschluß der Nichtorganisierten von der Teilnahme an den Sozialzulagen lautenden Forderungen gelten als abgelehnt, da bis heute mittag 12 Uhr die Antwort nicht vorlag. Somit beginnt der Streik morgen mittag.

Wie uns aus Eisleben noch mitgeteilt wird, haben sämtliche Betriebsrätsmitglieder und Listennachfolger ihre Ämter niedergelegt. Der Kampf beginnt also. Es ist Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, unbedingte Solidarität zu üben.

Tagung des Provinziallandtages

Der Provinzialausschuß beschloß in seiner letzten Sitzung, den Provinziallandtag der Provinz Sachsen auf Sonntag, den 7. Mai, einzuberufen. Die Tagung dürfte etwa eine Woche in Anspruch nehmen. — Wie bereits mitgeteilt, haben infolge Verzugs, Verhaftung usw. einige Mitglieder der Kommunistischen Fraktion ihre Mandate niedergelegt; die Fraktion wird bei der Tagung im Mai wieder vollzählig sein. Von der Fraktion der USP. hat Hennig wegen Wegzuges von Halle sein Mandat abgegeben. An seine Stelle tritt Kasparek (Halle).

Großfeuer

Vom Starkstrom getötet. In dem Großkraftwerk Sachsen-Anhalt kam der Arbeiter Paris der Stromleitung mit 50 000 Volt Spannung zu nahe. Der Tod trat sofort ein.

Delitzsch

Zur Stadtverordnetenwahl erläßt der Magistrat folgende Bekanntmachung: Die Wählerlisten sind aufgestellt. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirke seit 6 Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkte der Auslegung der Wählerliste. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist: 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht; 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Jeder Wahlberechtigte erhält eine schriftliche Benachrichtigung darüber, daß er in die Wählerliste eingetragen ist. Alle Wahlberechtigten, die eine solche schriftliche Benachrichtigung nicht erhalten haben oder deren Name auf diesem Benachrichtigungsschreiben falsch geschrieben ist, ersuchen wir hiermit, sich zwecks Eintragung in die Wählerliste sofort im Rathause, Zimmer Nr. 1a (Meldeamt) in den Vormittagsdienststunden zu melden. — Wir möchten noch darauf hinweisen, daß die Wählerlisten nur noch bis Mittwoch, den 22. Februar ausliegen. Jeder wahlberechtigte Arbeiter und Arbeiterin haben die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob sie in die Wählerliste eingetragen sind.

Bitterfeld

Die nächste Kartellversammlung findet am Mittwoch, dem 22. Februar, abends 7 Uhr, im Restaurant Gesellschaftshaus statt. Pünktliches Erscheinen wird erwartet. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahlen.

Falkenberg

Der Eisenbahnerstreik und seine Lehren, die die Sozialdemokratie daraus gezogen hat, dem Mitgliede der Reichstagsabgeordnete Krüger (Merseburg) der SPD. den Falkenberger Eisenbahnern zeigen. Welches sind nun die Lehren? Die Beamten müssen sich das Beamtenrecht aneignen und den Hetzratschlagen beseitigen, sie müssen sich in ihren Organisationen darüber unterhalten, ob die lebenslängliche Anstellung sich mit dem Streikrecht vereinbaren läßt; seiner Meinung nach ist das Streikrecht der Beamten ein Unding. Ebert hat mit seiner Verordnung den Beamten den größten Dienst erwiesen, die Beschlagnahme der Streikgelder hat nichts geschadet. Nur die Sozialdemokratie und die „Volksstimme" hat die Interessen der Beamten gewahrt. (Gelächter.) Genosse Urban legte in längeren Ausführungen die Gründe des Eisenbahnerstreiks dar, zeigte die politischen Auswirkungen des Streikes, die die Beamten vorher nicht übersehen hatten und vor denen sie zurückschreckten. Stürmische Zustimmung fand er, als er den Verfassungsbruch der Regierung und des Reichspräsidenten geißelte, den sie durch den Erlaß der Ausnahmeverordnung begangen haben. Und die Sozialdemokratie, die der Maßregelung der Führer zustimmte nach den eigenen Angaben des Herrn Krüger, sie bewilligte der verfassungsbrechenden Regierung das Vertrauen. Damit habe sie sich auf Seiten der Regierung und gegen die kämpfenden Beamten gestellt. Als dann das Steuerkompromiß mit seinen 65,93 Milliarden Arbeitersteuern und nur 31,07 Milliarden Besitzsteuern dargelegt wurde, da gingen so manchem Beamten die Augen auf über die Teuerung, die uns in der nächsten Zeit bevorsteht. Volle Zustimmung fand unser Redner mit der Forderung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Regierung sowie der Auflösung dieses Parlaments, das die Regierung des Verfassungsbruchs stützt. Der Beifall zeigte, daß unser Redner die Sympathie der Beamten hat, daß man von dem „Geseire" des SPD.-Referenten, wie ein Reichsgewerkschafter würlich sagte, genug hat. In arge Verlegenheit kam Herr Krüger, als ein Funktionär der SPD. Aufschluß über den mangelhaften Besuch des Reichstages bei der Besoldungsreform und dem Eisenbahnerstreik haben wollte. In einem einstündigen Schlußwort versuchte der Referent, den Einbruch des kommunistischen Redners durch allerlei Mätchen zu vereiteln. So soll die Vermögenssteuer durch den Einfluß der Sozialdemokraten 65 Milliarden erbringen. Wie das möglich ist, da alle Besitzsteuern zusammen nur 31.07 Milliarden nach den Voranschlägen der Regierung erbringen sollen, ist wohl das Geheimnis des Herrn Krüger. Als dann kurz vor 1 Uhr der Saal sich geleert hatte, brachte der Versammlungsleiter eine Resolution zur Abstimmung, die Krüger das volle Vertrauen aussprach. Heil! Die Sozialdemokratie ist gerettet! Auf die während fast 4 Stunden im Saale herumgehenden Abonnementslisten haben sich ganze drei neue Abonnenten eingetragen. Wir können ruhig verraten, daß die Zunahme der Leserzahl des „Klassenkampf" beträchtlich höher ist.

Sport

Minerva I — Askania Rietleben I (Gruppenmeisterschaftsspiel). Beide Mannschaften stehen sich am kommenden Sonntag auf dem Minervaspielplatz (Rosengarten) im Spielspiel gegenüber. Askania und Minerva treten in stärkster Aufstellung an. Der Besuch des Spieles ist daher jedem Arbeitersportler zu empfehlen. Anfang 3 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Am Sonntag, den 19. Februar, findet im „Volkspark" ein Saalfahrwart-Kurius statt.

Stoffe zur Konfirmation

kaufen Sie gut und billig, weit unter heutigen Einkaufspreisen bei uns. Infolge **grosser Abschlüsse,** die täglich hereinkommen, sind wir in der Lage, Ihnen noch mit alten Preisen zu dienen.

Mengen-Abgabe vorbehalten.

Ueberzeugen Sie sich von unserer Billigkeit.

Anzugstoffe 140 cm breit, schöne Dessins, gute Qualitäten Mark 175,— 125,— 100,— — **75.—**

Homespuns 140 cm breit, moderne Farbstellungen, haltbare Qualitäten Mark 265,— 225,— 180,— — **95.—**

Blaue Anzugstoffe 140 cm breit, gute Qualitäten Mark 165,— 125,— — **95.—**

Kammgarne blau und farbig, 140 cm breit, Streifen Mark 395,— 350,— 275,— — **225.—**

Hosenstreifen in modernen Dessins.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster.

Gr. Ulrichstr. 12 u. 52

Cheviot doppelt breit, alle moderne Farben Mark 95,— 75,— — **46.50**

Cheviot reine Wolle, 130 cm breit, blau und schwarz Mark 225,— 165,— 135,— — **95.—**

Cheviot und Serge reine Wolle, weiß, doppelt breit Mark 165,— — **115.—**

Covercoat für Mäntel und Kostüme, ca. 140 cm breit Mark 350,— 285,— 250,— — **175.—**

Blusenstreifen in grosser Auswahl. 754

Keine Muster-Abgabe.

SPECIALHAUS FÜR HERREN- UND DAMENSTOFFE

Mitteldeutsche Textilgesellschaft

m. b. H. Gr. Ulrichstr. 12

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0006

Die gesetzliche Versklavung des werktätigen Volkes

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands ist aufs tiefste erschüttert. Die breiten Schichten der Werktätigen leiden Hunger und Not. Eine neue Teuerungswelle steht vor der Tür und bedroht alle Arbeitenden.

Nichtsdestoweniger macht das deutsche Kapital alle Anstrengungen, um seine Herrschaft zu festigen, die kapitalistische Wirtschaftsweise beizubehalten und auszubauen, um so weiter Riesenprofite einsteuern zu können.

Eines der Mittel dazu sieht das Kapital in der Verlängerung der Arbeitszeit. Deshalb richtet sich die Unternehmeroffensive immer wieder auf den von der Arbeiterschaft so teuer erkämpften Achtstundentag.

Das Unternehmertum hofft mit Hilfe der SPD.- und ADGB.-Führer ein Gesetz durchzubringen, das die tatsächliche unverhüllte Aufhebung des Achtstundentages bedeutet. Die Hoffnung des Unternehmens wird sich erfüllen. (Die Hilfe der SPD.-Führer wird bestimmt nicht ausbleiben!), wenn nicht die Arbeitenden die Gefahr erkennen und Gegenmaßnahmen treffen.

1. Der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit*)

Der Entwurf sagt:

„Die werktätige Arbeitszeit darf ausschließlich der Pausen täglich 8 Stunden nicht überschreiten." Damit ist aber nicht gesagt, daß an keinem Tage länger als 8 Stunden gearbeitet werden darf. Denn: wenn an einzelnen Werktagen weniger als 8 Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann die Arbeitszeit an den übrigen Tagen der gleichen Woche verlängert werden, jedoch täglich nicht mehr als 1 Stunde, so daß doch in der Woche 48 Stunden herauskommen, „wenn sie im Durchschnitt von höchstens 3 Wochen 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreitet".

§ 6. „In Betrieben, in denen Arbeiten vorkommen, die ihrer Natur nach auch an Sonn- und Festtagen nicht unterbrochen werden können und dadurch regelmäßig wechselnde Tag- und Nachtschichten erfordern, darf die Arbeitszeit der mit solchen Arbeiten beschäftigten Arbeiter, Techniker und Werkmeister in der Weise geregelt werden, daß sie im Durchschnitt dreier Wochen 56 Stunden wöchentlich nicht übersteigt.

Die für den den regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsel erforderliche Wechselschicht (Doppelschicht) darf 16 Stunden nicht überschreiten."

Nebenerwerb darf vom Arbeitgeber nicht gestattet werden.

Hier wird also mit dem Prinzip des Achtstundentages ein- für allemal gebrochen. An seine Stelle tritt die 48-Stundenwoche. Der Unternehmer kann täglich 9 Stunden arbeiten lassen, wenn es ihm beliebt. Die Regierung handelt nach dem deutschnationalen Rezept, dem der badische Landtagsabgeordnete Maier (deutschnational), vor kurzem durch folgende Worte Ausdruck gab: **„Es handelt sich darum, einen Anfang zu machen, dies radikale Prinzip des Achtstundentages zu durchbrechen."** —

Aber nicht nur das Prinzip, nein, der Achtstundentag selbst wird durch weitere „Bestimmungen" durchbrochen.

2. Die „Ausnahme"-Bestimmungen

Das Kapitel über Ausnahmen von den Bestimmungen ist eine glatte Provokation der Arbeiter und Angestellten in gewerblichen Unternehmungen. **Es hebt nämlich praktisch die ganzen Bestimmungen über das Arbeitszeitgesetz auf und führt den Zehnstundentag ein.** Im § 18 heißt es:

„Die Vorschriften der §§ 5 und 6 gelten nicht für Arbeiten, die in Notfällen, insbesondere zur Verhütung erheblicher Störungen und bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des regelmäßigen Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle, unverzüglich vorgenommen werden müssen. Die Bestimmungen der §§ 10, 11, 12 und 16 gelten nicht für die Beschäftigung Jugendlicher von 16 bis 18 Jahren und für Arbeiterinnen im Falle einer nicht vorherzusehenden oder nicht zu verhindernden, sich nicht regelmäßig wiederholenden Betriebsunterbrechung, die auf höhere Gewalt zurückzuführen ist."

Und weiter (3. Absatz, § 18):

„Der Reichsarbeitsminister (!!) kann ferner im Verordnungswege zulassen, daß die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit um höchstens zwei Stunden täglich (also 10 Stunden!) in folgenden Fällen überschritten wird:

1. Bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandsetzung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist
2. bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme (!) oder Aufrechterhaltung (!) des vollen Betriebes abhängig ist;
3. bei der Beaufsichtigung der vorstehend unter Nr. 1 und 2 aufgeführten Arbeiten.

Besonders der zweite Teil ist so auslegungsfähig, daß damit jede zehnstündige Arbeitszeit als notwendig vom Unternehmer begründet werden kann. Was aber das tollste ist, nicht etwa die Arbeiter oder ihre Organisationen sollen darüber bestimmen, sondern einzig und allein — der Reichsarbeitsminister!

Es kommt aber noch schöner. Es kann nämlich auch durch Tarifverträge, sobald sie als „allgemein verbindlich erklärt sind", die gesetzliche Arbeitszeit überschritten werden. Selbst für nicht verbindlich erklärte Tarife kann der Bezirkswirtschaftsrat „und solange ein solcher nicht besteht, die höhere Verwaltungsbehörde" (für Betriebe des Reiches und der Länder nur die Verwaltungsbehörde), auf Antrag (von wem?) für die zugehörigen Betriebe vom Gesetz abweichende Bestimmungen über die Arbeitszeit treffen. Das gleiche kann ferner geschehen — auch für Jugendliche unter 16 Jahren — bei „außergewöhnlicher Häufung der Arbeit", bei Saisonarbeiten usw., auf bloßen Antrag der Unternehmer! Allerdings darf das nur in solchen Fällen höchstens 60 Tage im Jahre stattfinden (§ 20). Für mehr als 60 Tage ist wieder eine besondere Genehmigung notwendig.

Der § 21 wird die Unternehmer am meisten erfreuen; denn in ihm ist alles enthalten, was eines Kapitalisten Herz begehrt.

1. Kann der Reichsarbeitsminister (!) „bei außergewöhnlichen" Umständen, insbesondere zur Ersparung von Brennstoffen, die tägliche Arbeitszeit über 9 Stunden erweitern.

Es wird den Unternehmern und ihrer staatlichen Vertretung ein leichtes sein, „außergewöhnliche Umstände" zu beweisen.

2. Kann die Arbeitszeit über 9 Stunden täglich erweitert werden für gewisse Gewerbszweige usw., bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt.

Jede Arbeitsbereitschaft soll also fürderhin nicht mehr in die Arbeitszeit einberechnet werden, sondern außerhalb der üblichen Arbeitszeit liegen. Fürwahr, ein teuflischer Plan!

3. Für Gewerbezweige, wo Nachtarbeit Rohstoffe vor dem Verderben schützt oder Arbeitserzeugnisse vor dem Mißlingen, kann sogar an 60 Tagen im Jahre die gesetzlich gewährleistete Ruhezeit für jugendliche Arbeiter (§ 10) auf 10 Stunden täglich beschränkt werden.

Das nennt eine Regierung Jugendschutz, an deren Spitze der Sozialdemokrat Ebert steht, ehemaliger Vorsitzender der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands!

Was aber den ganzen Entwurf zur Regelung einer gesetzlichen Arbeitszeit illusorisch macht und alles aufhebt, was das Gesetz enthält, das ist der folgende Absatz in § 21:

4. **Der Reichsarbeitsminister (!) ist ermächtigt, „auch andere erleichternde Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 5 bis 12 und 14 für die nächsten drei Jahre zuzulassen, wenn diese Ausnahmen aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich sind".**

Dieser Absatz richtet das ganze Gesetz. Auf drei Jahre kann irgendein Reichsarbeitsminister die Arbeitszeit nach Belieben festsetzen — versteht sich „aus Gründen des Gemeinwohls". Wir meinen, die Arbeiterklasse kennt das „Gemeinwohl" im kapitalistischen Staate zur Genüge und sie wird sich bedanken für eine derartige, die gesamte proletarische Klasse verhöhnende Gesetzmacherei. Aber die Gesetzesmacher im Reichsarbeitsministerium sind zu schlaue Füchse, um nicht zu wissen, daß die Ausnahmebestimmungen auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiter- und Angestelltenschaft stoßen werden und deshalb haben sie in den „Gemeinwohl"-Absätzen eingefügt: „Sie können auch für bestimmte Bezirke ergehen". Dieses Manöver ist allzu durchsichtig. Man will erst in einem Bezirk vorführen. Hat man erst den kleinen Finger, dann nimmt man bald die ganze Hand.

3. Die Mindestforderungen der Arbeitenden

Das Proletariat muß als Mindestforderungen für ein Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit aufstellen:

1. Der Achtstundentag (48-Stunden-Woche) muß für alle gewerblichen Arbeiter und Angestellte, ohne Ausnahme, beibehalten werden. Weder Tarifverträge, noch freiwillige oder unfreiwillige Ueberarbeit darf zulässig sein.
2. Entsprechend den Forderungen 6 und 7 des ADGB. in seinen bekannten zehn Forderungen müssen Bestimmungen über Herabsetzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden zugunsten der Arbeitslosen getroffen werden.
3. Für gesundheitsschädliche Betriebe (chemische Industrie, Bergwerke usw.) muß der Sechsstundentag eingeführt werden.
4. Zur Gruppe Jugendliche müssen alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von 14 bis 13 Jahren gehören, für die grundsätzlich der Sechsstundentag, unter Einrechnung der Schulzeit, bestehen muß. Allen Jugendlichen ist ein vierwöchiger Urlaub im Jahre zu gewähren. — Der Jugendschutz ist auch auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe auszudehnen.
5. Nachtarbeit darf nur in dringendsten Fällen zulässig sein. Für Jugendliche überhaupt nicht.
6. Arbeitsbereitschaft gilt als Arbeitszeit.
7. Wöchnerinnen müssen 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung von der Arbeit befreit unter Sicherung der Lebensfristenz von Mutter und Kind durch Staat und Unternehmer.

Diese Forderungen stellen eine Abwehr der kapitalistischen Angriffe auf den Achtstundentag dar. Sie sind neben der Forderung nach Besteuerung der Besitzenden durch Erfassung der Sachwerte unter Arbeiterkontrolle eine Teilforderung von größter Bedeutung. Sie kann nur erfüllt werden (gegen den Willen der Unternehmer, trotz der Verwirrungsversuche der ADGB.- und SPD.-Führer!), wenn die Werktätigen sich zur einheitlichen revolutionären Kampffront zusammenschließen.

*) Aus dem im Verlag „Vivo" erschienen Buche „Der neue Kurs", herausgegeben von der Zentrale der KPD. (Abt. Gewerkschaften).

Vom Tage

Zwei Schutzpolizeibeamte als Totschläger verhaftet

Berlin, 17. Februar. In der Nacht vom 10. zum 11. Februar war der Konditor Krone aus einem Schanklokal in der Landsberger Allee von zwei unbekannten Männern vor die Tür gezerrt, niedergeschlagen und so schwer mißhandelt worden, daß er gleich darauf starb. Als Täter sind die beiden Unterwachtmeister der 1. Hundertschaft der Berliner Schutzpolizei Karl Losch und Friedrich Kube verhaftet.

Raub von Lohngeldern. Köln, 17. Februar. Räuber überfielen mittags an der Pauluskirche zwei städtische Beamte und raubten 500 000 Mk. Lohngelder in zwei Taschen. Eine Tasche mit 100 000 Mk. konnte ihnen wieder abgejagt werden, mit der anderen entkamen sie im Auto, nachdem sie die beiden Beamten schwerverletzt zurückgelassen hatten.

Explosion in der Universität. Der „L.-A." berichtet aus Würzburg: Im ehemaligen Universitätsinstitut erfolgte eine Explosion, bei der der Assistent Dr. Hieber, ein Sohn des württembergischen Staatspräsidenten, eine schwere Handverstümmelung erhielt.

Ab Montag, 20. Februar, bringe ich noch zu alten Preisen, solange der Vorrat reicht, gute Waren zu staunend billigen Preisen zum Verkauf.
Wer seinen Bedarf bei mir deckt, spart für jetzt und später viel Geld.

Kinderlederstiefel weiches Leder 18/21 39.50, 20/22 46.50	Kinderlederstiefel Lederbrandsohle sehr billig . . . 23/26 59.50	Kinderlederstiefel sehr kräftig Restposten . . 27/35 98.50	Fahllederstiefel sehr dauerh. 31/35 149.50, 27/30 138.50
Herrenstiefel Rindbox und Roßchevreau . . . 40/46 248.50	Lederspangenschuh sehr vornehm für Straße und Tanz . . . 36/42 158.50	Lack-Schnür- und Spangenschuh Restp. 228.00	Herr.-Fahlled.-Stiefel gut verarbeitet, auffallend billig 198.50

Alle nicht aufgeführten Waren ebenfalls enorm billig. 772

Besichtigen Sie meine Fenster. **Schuhhaus Roland,** Steinweg 19

Dr. Thompson's Seifenpulver
gibt blendend weiße Wäsche
DR THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER
Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Schwan! 757

Geschlechtskranke! Verlangen Sie sofort aufklärende Broschüre über Syphilis u. Harnröhrenleiden, Mannesschwäche, über schnelle, gründliche und dauernde Heilung ohne Quecksilber, Salvarsan und andere Gifte, ohne Berufsstörung und gesetzliche Nachkrankheiten eines neuen Heilverfahrens. Jeder, der obige Krankheiten besitzen und sich vor jahrelangem Siechtum schützen will, bestelle noch heute die Schrift. 116 S. Preis Mk. 5.—, Porto und Nachnahme extra, in verschl. Umschl. Lilagin-Verlag, Cassel 206.

Der Panzer-Kragen extra dicke Dauerwäsche
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2. 756

Im Auftrage der Maggi-Gesellschaft kaufe ich sämtliche leere 758
Maggiflaschen Nr. 6.
Auf Wunsch erfolgt Abholung.
Carl Lange jun., Besener Str. 11—12. Fernruf 2845.

Militär-Schaft-Schnürschuhe, gefertigen, aber noch gut erhalten, verkauft zu billigen Preisen
721 **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

Fellsammler! steigert Euren Verdienst, in dem Ihr sämtliche Felle, Wolle und Roßhaare an die **Hallesche Fellhandlung, G. m. b. H. Kleiner Sandberg 14** abliefert. :: :: Ueberzeugt Euch. *74

Stohal gegen Magenleiden Verstopfung | Appetitlosigkeit für Blutreinigung
Aerztlich empfohlen, erhältlich in Apotheken. 766

Jeder Sportverein ob groß oder klein, benötigt Drucksachen! Fordert Offerten von der Produktiv-Genossenschafts-Druckerei, Halle-S., Lerchenfeldstr. 14, an. Fernruf 2251

Vorm. Geh. Med.-Rat Dr. Schröder's Heilinstitut **für Haut- und Geschlechts-Leiden,** Halle a. d. S. Gr. Ulrichstr. 54, I. Tel. 6497. Spezialkuren (ohne Berufsstörung) bei Harnröhrenerkrankungen, Ausfluß bei Männern und Frauen, Syphilis, Jer. Schwächen. Blutuntersuchung :: Künstliche Höhensonne. Sprechstunden des Spezialarztes: 103 Wochentag 10—1, 3½—6½, außer Mittwoch, Sonntag 10—1. — Getrennte Wartezimmer.

Holz-Pantoffeln en gros 104 detail nur prima Leder liefert preiswert **Otto Ladecke,** Holzpantoffelfabrik Halle, Mansfelder Str. 47.

Preisw. Bezugsquelle **Seilerwaren** aller Art. 541 **Hensel & Kaps,** Königlichstraße 62. Telephon 5873.

Neue feld-graue Hosen, beste Qualität, 768 **Preis Mk. 155—** **Reinke,** Leipziger Straße 55 I am Riebeckplatz. Besonderer Vorkommnisse halber wird gebeten, darauf zu achten, daß der Verkauf der Hosen nur in der 1. Etage stattfindet.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Bruchkranke können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunden in Halle a. S., Hotel „Grüner Baum", Frankestraße 14, am 22. Feb. von 9—1 Uhr. **Dr. med. Knopf,** Spezialarzt für Bruchleiden.

Gummiwaren. Frauenspritzen (hygienische Neuheit). 101 Menstruationstropfen. Preisliste gratis. — Verf. „Germania" Landsberger Str. 5, I. Etg.

Filz- u. Holz-Pantoffeln. Großes Lager Mk. Preise **Max Fricke,** Trotthaer Straße 69. Fernsprecher 3385. 90

Ehescheidungen, Alimente Rechts-, Straf-, Steuersachen-Gesuche. Tägliche Erfolge. 102 Rechtsbüro u. Detektei W. Heß, Anhalterstr. 7 II r. 3221 Telephon 3221

Billige Möbel. Kompl. Schlafz., Küchen in allen Farb., engl. u. einfach. Bettstell. in neu u. gebr. zu. Dreiteilm., Gr. eich. Büfett, Diplom.-Schreibt., Bücherschrank, Spiegelschr., Chaiselongue, Plüschsofa verkauft billig Otto Thormann, Brüderstraße 14. 771

Billig! Billig! Winter, aus guten Stoffen, nur 225.— Mk. Herren-Anzüge von 250.— Mk., 757 Knaben-Anzüge von 100.— Mk. an zu verkaufen Alter Markt 4, II r., Eingang Kutschgasse.

Bettnässen 83. Befreiung sofort. Auskunft umsonst. Alter u. Geschlecht angeben! Dr. med. Heusmann & Co., Velburg 198 (Bayern).

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Bettnässen. *94 Befreiung jed. Alter und Geschlecht ongeb. Ausk. erteilt Versandhaus **Wohlfahrt,** München, Wintzirstraße 33.

Ist mein Lohn-Steuer-Abzug richtig? Allgemein verständliche Darstellung der am 1. Januar 1922 in Kraft getretenen gesetzlichen Bestimmungen. Preis 1,50 Mk., Porto 50 Pf. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Halle a. S., Harz 42/44.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir hierdurch allen unseren herzlichen Dank. Besonderen Dank mit der Jugend von Planena und seinen Arbeitskollegen der Firma Gottfried Lindner, Ammendorf nebst Direktion für die Geldspenden. 773

Planena, den 18. Februar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen:

F. Lichtenfeld und Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0007

Leben • Wissen • Kunst

Jack

12] Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.

Zwölftes Kapitel

Indret

Der Sänger stand hochaufgerichtet in dem Boot, in welchem er und der Knabe über die Loire fuhren, und rief begeistert aus:

„Sieh her, mein alter Jack, ist das nicht schön?"

Es war gegen 4 Uhr nachmittags. Die Julisonne warf eine leuchtende Strahlenflut über die Wogen. Große, durchsichtige Segel, welche in dem glänzenden Licht goldig schimmerten, zogen in der Ferne vorüber. Es waren Kähne aus Narmoutiers, bis an den Rand mit glitzerndem Salz beladen; Küstenfahrer, die wie schwimmende Karren aussahen und hoch mit Getreidesäcken und Fässern beracht waren. Trotz der Julihitze wehte ein frischer Hauch durch die hübsche Umgebung, denn der Wind kam vom Meere und ließ dort hinten in der Ferne das Grün des unbegrenzten Ozeans mit seinen Wogen und Stürmen ahnen.

„Und wo ist Indret?" fragte Jack.

„Dort die Insel vor uns."

Durch den silbernen Nebel, welcher die Insel umgab, erkannte Jack große Pappelalleen und hohe Schornsteine, aus denen dicker, schwarzer Rauch emporstieg und den Himmel verdüsterte. Zugleich vernahm er lauthallendes Geräusch, Hammerschläge auf Eisen und Blech, dumpfes Getöse und besonders ein beständiges Dröhnen, als wäre die ganze Insel ein ungeheurer, schnaubender Dampfer. Je mehr sich das Boot näherte, desto deutlicher unterschied der Knabe lange Gebäude mit flachen Dächern und rußigen Mauern, die sich nach allen Seiten gleichförmig ausbreiteten. Am Ufer lagen in endloser Reihe ungeheure Dampfkessel, deren lebhaftes Rot phantastisch genug wirkte. Regierungsdampfer und andere am Damm liegende Schiffe warteten auf das Verladen der Kessel mit Hilfe eines gewaltigen Krahnes, der von weitem wie ein riesiger Galgen aussah. Am Fuße dieses Galgens stand ein Mann und erwartete das Boot.

„Das ist Roudic", sagte der Sänger und stieß aus der Tiefe seiner Kehle ein entsetzliches Hurra aus, welches man sogar in dem Getöse ringsum hören konnte.

„Bist du es, Kleiner?"

„Donnerwetter ja, gibt es wohl noch eine solche Stimme unter dem Himmelsgewölbe?"

Das Boot landete. Die beiden Brüder fielen sich in die Arme und umarmten sich stürmisch.

Sie waren einander ähnlich, nur war Roudic älter und entbehrte jene Körperfülle, mit der Sänger und Schauspieler sobald beglückt werden; unter der verschlossenen blauen Matrosenmütze sah ein echt bretonisches, gebräuntes Gesicht mit kleinen Augen hervor, deren Blick durch die mühselige Arbeit des Zusammenpassens noch verschärft zu sein schien.

„Wie geht's denn bei Euch?" fragte Labassindre, „sind Clarisse, Geneve und die anderen wohl?"

„Gott sei dank, ja, ach da ist unser neuer Lehrling. Der kleine Kerl ist niedlich, aber er sieht nicht sehr kräftig aus."

„Stark wie ein Ochse, mein Lieber, von den ersten Pariser Ärzten untersucht."

„Nun, um so besser, denn unser Handwerk ist schwer. Wenn ihr wollt, können wir jetzt zum Direktor gehen."

Sie schlugen eine lange, mit schönen Bäumen bepflanzte Allee ein, welche sich bald in eine mit kleinen, sauberen, ganz gleichen Häuslein besetzte Straße verwandelte. Zu dieser Stunde war sie wie ausgestorben, da alles Leben und Treiben in der Hütte versammelt war. Nur die zu den Fenstern heraushängenden Wäsche, die hinter den Scheiben stehenden Blumentöpfe; Kindergeschrei oder das Schaukeln einer Wiege, welches aus einer halboffenen Tür tönte, verriet, daß die Stadt bewohnt war.

„Aha, die Fahne ist herabgelassen", sagte der Sänger, als sie an den Türen der Werkstätten angekommen waren, „was hat mir diese verfluchte Fahne oft für Schrecken eingejagt."

Dann erzählte er seinem alten Jack, daß fünf Minuten nach Beginn der Arbeit die über dem Eingang befindliche, gesenkte Fahne anzeigte, daß die Türen geschlossen seien. Nachzügler wurden also als abwesend betrachtet und nach dreimaliger Abwesenheit entlassen. Während er diese Erläuterungen gab, verständigte sich sein Bruder mit dem Türsteher und sie wurden eingelassen.

Es war eine Stadt aus Eisen!

Die Schritte hallten auf Eisenplatten wieder. Man schritt zwischen hochaufgeschichteten Eisenbarren, Gußeisen, Kupferstangen hahin, über lange Reihen fehlerhafter Kanonen, welche wieder eingeschmolzen werden sollten.

Jack sah erstaunt durch die der Hitze wegen geöffneten Werkstatttüren, ein Durcheinander von geschwungenen Armen, rußigen Köpfen, Maschinen, welche in dunkelen nur ruckweise von rotem Licht beleuchteten Nischen arbeiteten. Ein Strom von Hitze drang nebst einem feinen, schwarzen, scharfen Staub heraus, der in der Sonne metallisch schillerte. Aber was diese emsige Arbeit noch heftiger, eiliger erscheinen ließ, war die beständige Erschütterung des Bodens und der Luft, ein fortwährendes Beben. Aus Furcht, zu grün zu erscheinen, wagte Jack nicht zu fragen, wer diesen Lärm verursache, den ihm schon von weitem aufgefallen war.

Plötzlich befanden sie sich vor einem alten Schloß aus der Zeit der Liga, von festen Türmen umgeben, dessen geschwärzte Ziegelmauern ihren ehemaligen Glanz verloren hatten.

„Hier ist das Verwaltungsgebäude", sagte Roudic, dann fügte er zu seinem Bruder gewendet hinzu:

„Kommst du mit hinauf?"

„Gewiß, ich möchte gern den „Alten" wiedersehen und ihm zeigen, daß ich trotz seiner Prophezeihungen doch etwas Feines geworden bin."

Sie gingen durch ein niedriges Asyllokal und durchschritten eine Menge kleiner, unregelmäßiger, dunkler Zimmer, in denen Schreiber arbeiteten. Im letzten Zimmer saß ein streng und kalt aussehender Mann an einem hohen fensterhell beleuchteten Pulte.

„Ah, Ihr seid es, Vater Roudic?"

„Ja, Herr Direktor, ich möchte Ihnen den neuen Lehrling vorstellen und Ihnen danken, daß . . ."

„Da ist ja das kleine Wunder. Guten Tag, mein Junge, du sollst ja ein Genie sein, das ist sehr schön."

Dann fügte er, nachdem er den Knaben aufmerksam betrachtet hatte, hinzu:

„Hört, Roudic, der Bursche sieht nicht sehr kräftig aus, ist er krank?"

„Nein, Herr Direktor, man versichert mir im Gegenteil, daß er erstaunliche Kraft hat."

„Ganz erstaunliche", wiederholte Labassindre vortretend und auf einen erstaunten Blick des Direktors glaubte er ihm sagen zu müssen, wer er sei, daß er vor sechs Jahren die Hütte verlassen habe, um im Theater von Nantes und dann in die Pariser Oper eingutreten.

„O, ich erinnere mich Ihrer", sagte der Direktor in vollkommen gleichgültigem Tone und erhob sich sofort, um die Unterredung abzubrechen.

„Nehmen Sie Ihren Lehrling mit, Vater Roudic, und versuchen Sie einen tüchtigen Arbeiter aus ihm zu machen."

Der Sänger, der seine Wirkung nicht erreicht hatte, ging kleinlaut hinaus. Roudic blieb zurück und wechselte einige leise Worte mit seinem Vorgesetzten. Dann stiegen sie zusammen mit sehr gemischten Gefühlen hinab. Jack grübelte über die Worte, „er ist nicht sehr kräftig" nach, welche jeder wiederholte, Labassindre würgte seine Demütigung hinab, und der Werkmeister schwieg nachdenklich.

„Hat er dir etwas Verdrießliches gesagt?" fragte Labassindre seinen Bruder, „er sieht noch tückischer aus als früher". Roudic schüttelte traurig den Kopf:

„O nein, er sprach mit mir nur über Charlot, unserer armen Schwester Sohn, der uns sehr viel Kummer bereitet."

„Der Nantejer macht Euch Sorgen?" fragte der Sänger, „was gibt es denn".

„Nach dem Tode seiner Mutter ist er ein vollendeter Trunkenbold geworden, er spielt und hat Schulden. Dennoch hat er als Zeichner einen schönen Verdienst; es gibt in Indret keinen besseren Zeichner, aber was wüßt du, die Karten verschlingen alles. Ich habe schon oft für ihn gezahlt, aber jetzt kann ich nicht mehr. Ich habe einen Hausknecht, und dann wächst Zenarde heran und muß ausgestattet werden. Das arme Mädchen! Ich hatte die Absicht, sie mit dem Vetter zu verheiraten, aber sie wollte nicht, trotzdem er ein hübscher Bursche ist und zu schwatzen versteht, wie keiner. Die Frauen sind gescheiter als wir.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitermarsch

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Formt aus vielen, vielen Einen,
Hebt den Mut der bangen Kleinen,
Läßt das Schwerste leicht erscheinen
Zeigt die Ziele uns, die reinen,
Näher, schärfer, ohne Schatten,
Als wir auf dem Korn sie hatten.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Nahn im Takt wir, einige hundert,
Ist da keiner, der sich wundert;
Nahn im Takt wir, einige Tausend,
Wird sein Ohr schon mancher recken,
Nahn im Takt wir Hunderttausend
Ja, dies Dröhnen wird sie wecken!

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Wenn in solchem Takt wir schreiten
Fest von Norges Uferweiten
Bis zum höchsten Kataraktе,
Kommen alle wir im Takte —
Schwinden Herren, schwinden Knechte,
Helfen jedem wir zum Rechte.

Björnson.

Die Geißeln der Menschheit

Spirochaeta pallida und Tuberkel.

Spirochaeta pallida — diesen Namen trägt der Erreger der Syphilis, der er im Jahre 1905 durch den Zoologen Schaudinn festgestellt wurde und in allen Säften und Geweberteilen des Erkrankten im vorgeschrittenen Stadium heute nachgewiesen werden kann. Die Syphilisspirochäte zeigt das Bild einer korkzieherartig gewundenen kleinen Schlange, als wollte sie schon durch ihre Form ihre Gefährlichkeit dokumentieren. Ihre verhältnismäßig späte Feststellung erklärt sich durch ihre winzigen Abmessungen. Sie ist nur 0,00025 mm dick und hat 6 bis 20 gleichmäßige, ungefähr 0,001 mm tiefe und etwa ebenso weite Windungen. Heute ist man jedoch in der Lage, sie durch das mikroskopische „Dunkelfeldverfahren" im Geschwürssekret lebend nachzuweisen. Eine winzige Menge Blut aus einem Syphilisgeschwür kommt auf eine Glasplatte, ein ganz dünnes Glasplättchen darüber, das Präparat kommt unter das Mikroskop, ein elektrischer Lichtbogen, der das Präparat in eigentümlichen Reflexen durchleuchtet, wird eingeschaltet, und das erstaunte Auge sieht das Leben und Weben — und Verderben im Blut. Die Blutkörperchen sausen hin und her, einige strahlen wie Brillanten, und dazwischen schiebt sich die Schlange „Spirochaeta pallida", die „bleiche" Spirochäte....

Diagnose: Syphilis!

Im Altertum scheint diese Krankheit so nicht vorhanden gewesen zu sein. Erst seit dem 15. Jahrhundert ist sie sicher bekannt. Nach Europa wurde sie wahrscheinlich aus Westindien von spanischen Soldaten verschleppt. Sie ist heute sehr verbreitet. Man kann wohl sagen, daß 25 Prozent aller Deutschen diese unheimliche Krankheit hatten oder haben. Für ihre so starke Verbreitung sorgte besonders der „Völkerverjünger" Krieg. Die Uebertragung der Krankheit erfolgt fast durchweg bei sexueller Berührung, sie überträgt sich aber auch auf gesunde Menschen wenn eine winzige Hautwunde in Berührung mit einem eitrig zerfallenden Geschwür eines Syphilitikers kommt. Höchst selten ist die indirekte Infektion durch Gebrauchsgegenstände. —

Die Ursache der Schwindsucht, die über die ganze Erde verbreitet ist und allein in Europa weit über eine Million Opfer fordert, ist der von Robert Koch in den achtziger Jahren entdeckte Tuberkelbazillus. Dieser Bazillus ist leicht gekrümmt, stäbchenförmig und läßt sich durch eine Fuchsinfärbung intensiv rot färben, so daß er im Präparat unter dem Mikroskop sehr gut zu erkennen ist, wogegen die Färbung des Syphiliserregers sehr schwierig ist.

Zumeist tritt die Tuberkulose als Lungenschwindsucht auf, es gibt aber auch tuberkulöse Erkrankungen der Knochen, Lymphdrüsen, des Darmes und des Brustfells. In den meisten Fällen ist ihr Verlauf ein langsamer. Nach wissenschaftlichen Feststellungen ist ein Erwachsener durchschnittlich drei Jahre krank.

Die Tuberkuloseinfektion erfolgt zumeist durch den Mund, durch die Einatmung in der Luft befindlicher Tuberkeln. Aber auch durch Nahrungsmittel können diese Krankheitserreger Eingang in den Körper finden. Nicht alle Menschen sind in gleicher Weise für Tuberkulose empfänglich, sie ist in hervorragendem Maße die Krankheit der Arbeiterklasse. Abgearbeitete schwächliche und unterernährte Menschen fallen ihr zuerst zum Opfer, aber auch Zuckerkrankheit, Syphilis, Alkoholismus, Blutarmut, Erkältung usw. schaffen einen günstigen Boden für eine Tuberkuloseinfektion. Würden die Aerzte bei jedem Lungenkatarrh oder jeder Erkrankung des Rippen- oder Brustfells eine Untersuchung des Auswurfs oder ein Röntgenbild anfertigen lassen, dann würde zweifellos ein großer Prozentsatz schwerer tuberkulöser Erkrankungen vermieden werden können. Das „Diagnostische Institut" bietet die Möglichkeit hierzu.

Der Kampf gegen die Volksseuchen ist ein Kampf der Gemeinschaft, in erster Linie des Staates, der Wissenschaft und der Krankenkassen. Ueberall müssen Diagnostische Institute und Heilanstalten von den Krankenkassenverbänden errichtet und Aufklärungsmaßnahmen für die breiten Volksschichten getroffen werden.

So was gibt es auch

Unter „So was gibt es" brachte die „Vossische Zeitung" die folgende sehr charakteristische Skizze aus der Feder von Margarete Caemmerer:

„Auf dem Reichskanzlerplatz (Berlin). An der Haltestelle der Elektrischen steht ein Trupp Wartender und harrt ungeduldig der D-Bahn. Eisig fegt der Nordost über die kahle Weite des Platzes. Trappend und stampfend läuft man hin und her, um nicht zu erstarren. Neben mir steht ein vierblättriges Kleeblatt, unruhig auf leicht beschuhten Füßchen trippelnd.

Zuerst fällt es mir auf, weil ich bei seinem Anblick denken muß, wie kann man nur so gekleidet bei diesem Wetter auf diesem Platze stehen, ohne sich „den Tod zu holen"? Dann fällt es mir auf, weil ich beim zweiten Hinsehen denken muß: wer kann es sich wohl in diesen schlechten Zeiten leisten, so angezogen zu gehen? Das muß ja einen tiefen Griff in eine Männerbörse kosten. Zuletzt aber fällt es mir auf, weil es ein so erfreulicher Anblick ist. Bildhübsch alle vier von der Aeltesten bis zur Jüngsten. Gepflegt, kultiviert.

Da kommt die D-Bahn angesaust. Das drängt und schubst und schiebt und versucht vor dem lieben Nächsten in den Wagen zu einem Sitzplatz zu gelangen. Meine vier Märchengestalten wissen Ellbogen und Fäuschen gut zu gebrauchen. Durch die höflichkeit eines älteren Herrn bekomme ich einen Platz dicht neben ihnen. Ja, bildhübsch alle vier und tiptop angezogen! Sagte man nicht so in längst vergangenen Zeiten?

Die Aelteste. Groß. Schlank. Stunkobesetzt das schwarze Schneiderkleid. Der schwarze Seidenhut auf das linke rosa Ohr gezogen. Die Zweite leuchtend blond mit porzellanblanken, blauen Augen. In Wildkatzenjacke. Einen Reiherkranz auf dem Pannehut. Die Dritte üppig. Eine Germaniagestalt. Im Sealmantel. Den roten Samthut auf dunklem Haar. Die Jüngste ist die hübscheste. Fein, klein, zierlich. Ein Eischen. Unter dem bräunlichen, tief in die Stirn gesetzten Hut quillt blondes Zeitlehaar hervor. Ein Soubrettengesichtchen schnuppert keck in die Luft. Geheimnisvoll glitzern die Augen. Grünlich mit braunen Lupfen, wie der Strauß Orchideen vor dem weiten Biberpelzmantel. Die weißen Spitzen der Batistbluse quellen bei allen vieren aus dem Pelzwerk hervor. Alle vier tragen Schmuck. Diskret. Kostbar. Hier ein Nädelchen, dort ein Bröschchen, ein Uhrchen, ein Kettchen. Wier schlanke, tief entblößte Frauenhälse trotzen Nordost und Winterkälte. Perlen um den gebräunten Nacken. Der erzählt vom Aufenthalt in Wintersonne, an der See oder im Hochgebirge. Acht schlanke Frauenbeine stecken in dünnen Seidenstrümpfen. Bei der Jüngsten, der Schönsten, der mit den grünlichen Augen, sind sie wie ein Hauch. Die zarte Haut schimmert darunter wie Elfenbein. Und trotz alledem. Trotz Kostbarkeit, trotz Gewagtheit. Gebärden, Stimme, Sprache verraten die gute Erziehung. Die Kinderstube.

Vier rote Frauenmünder plappern buntes, goldig dummes Zeug. Der Gesprächsfaden reißt nicht ab. Männer. Ihre Männer und andere. Der Dollar. Bälle. Kleider. Viel Kleider. Dienstbolzen. Kinder! Ja, Kinder! Kinder haben diese Erscheinungen aus dem Märchenlande auch. Selbst die Jüngste, die Schönste, spricht von „Bubi". Dabei enthüllt ein Lächeln des feingezeichneten Mundes ein weißes, starkes Raubtiergebiß.

Die Elektrische rasselt den Kaiserdamm entlang. Immer mehr Menschen drängen in den Wagen. Mühsam schafft sich der Schaffner Bahn. Immer häufiger, immer flehender tönt seine Stimme:

„Ist vielleicht einer von die Herrschaften noch ohne Fahrschein?"

Wir nähern uns der Wilmersdorfer Straße. Da ruft die üppige Braune im Sealmantel:

„Die 54 kommt! Mit der kommen wir viel schneller nach der Leipziger Straße."

Ein Blick des Einverständnisses zwischen vier Augenpaaren. Ein Ein Drängen und Schieben. Klipp, klapp, klipp, klapp, klappern acht hohe Hackenschuhchen die eisernen Stufen des Wagens hinab. Ich sehe ihnen nach. Acht schlanke Frauenbeine laufen über den Fahrdamm. Voran die Blonde mit der Wildkatzenjacke. Zuletzt die Kleine. Die Zierliche. Die Orchideen am Biberpelzmantel zittern von der Erschütterung des eisigen Schrittes.

Wieder tönt die Stimme des Schaffners aus der Tiefe des Wagens:

„Hat vielleicht einer von die Herrschaften noch keinen Fahrschein?"

Das gebrannte, braune, seidendünne Schwingerrückchen der Jüngsten, der Schönsten, verschwindet gerade um die Ecke. Das Klingelzeichen. Ein Ruck. Es geht weiter. Bezahlt hatte keine von den Vieren.

So was gibt es!"

Zur Ergänzung bringen wir noch ein anderes Straßenbahnerlebnis:

Halle. Strecke tut nichts zur Sache. Ich steige an der Alten Promenade ein und erwarte den Schaffner. Der steht — müde oder gleichgültig — draußen und läßt ein- und aussteigen, wer da will. Ich gähle beluftigt eine ganze Reihe blinder Passagiere, will aber selbst nicht aussteigen, ohne gezahlt zu haben und winke dem Schaffner, er möge mir einen Fahrschein verabreichen. Er kommt heran und sagt grob:

„Warum haben Sie sich nicht eher gemeldet? Sie sitzen nun schon die ganze Zeit da und kümmern sich um nichts!"

So was gibt es auch! — H. L.

Rußland und die Wissenschaften

Der Dichter Maxim Gorki weilt augenblicklich in einem Lungensanatorium in St. Blasien im Schwarzwald. Er ist nach Deutschland gereist, nicht nur, um seine Gesundheit wiederzufinden, sondern auch, um neue Mittel zur Behebung der russischen Hungersnot zu schaffen und dann auch, um der Oeffentlichkeit die Manuskripte von russischen Gelehrten zu übergeben. In Petersburg besteht ein „Komitee zur Verbesserung der Lage der Gelehrten und Schriftsteller", das seinen Sitz im früheren Palais des Großfürsten Wladimir hat, und dem Professor Pinkewitsch, der Rektor der Universität Petersburg, vorsteht. Das Komitee versorgt die russischen Gelehrten und Schriftsteller mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken; es unterstützt sie aber auch in ihren wissenschaftlichen Arbeiten. Gorki hat in Berlin einen wissenschaftlichen Verlag ins Leben gerufen, dessen Redaktion sich in Rußland befindet, während der Druck der Werke in Berlin besorgt wird.

Trotz aller Entbehrungen sind die russischen Gelehrten während der letzten Jahre nicht müßig geblieben. Eine Reihe wertvoller und bedeutsamer wissenschaftlicher Werke harrt der Veröffentlichung. Dem Arzt Dr. Manuchin, Träger der Pasteurprämie und Schüler von Professor Meschnikow, ist es gelungen, den Erreger der „Spanischen Krankheit" zu bestimmen, sowie die Steinachsche Sekretionstheorie durch eigene Experimente zu ergänzen und umzuformen. Die Entdeckung Manuchins, von der man eine außerordentliche Förderung der Lungenschwindsuchtsbekämpfung erwartet, betrifft die Röntgenbestrahlung der Milz und gehört somit zu den indirekten Bekämpfungsmethoden der Lungenschwindsucht. Gegenwärtig weilt Manuchin in Paris und arbeitet im Pasteur-Institut.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220218-17/fragment/page=0008